

# **DEUTSCHE POLIZEI**

FEBRUAR 2017 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



***Warum Mütter  
ihre Babys töten***



Auch die tapfersten Beschützer  
brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**  
Joseph-Scherer-Straße 3  
44139 Dortmund  
Telefon 0231 135-2551  
polizei-info@pvag.de  
www.pvag.de

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen

## Moderater Auftakt bei Tarifrunde für die Beschäftigten in den Ländern

Zwar hat die Arbeitgeberseite den Forderungskatalog der Gewerkschaften nicht in Bausch und Bogen zurückgewiesen, aber „es könne alles auch anders kommen“, argumentierten die Arbeitgeber bei der ersten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern Mitte Januar in Berlin. Zu den Unwägbarkeiten, die einen einigungsfähigen Kompromiss verhindern könnten, führten sie eine Verschlechterung der Haushaltslage, eine ungünstige Zinsentwicklung, die Auswirkungen des Brexit und die Welthandelsrisiken an. „Vergessen haben sie in ihrer Aufzählung offenbar das Abschmelzen der Polkappen“, sagte Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und für Tarifpolitik zuständig. Dennoch gebe das konstruktive Gesprächsklima Anlass für die vage Hoffnung, dass sich die Arbeitgeber von den Sachargumenten der Gewerkschaften in den nächsten Runden überzeugen lassen. Sollte das nicht der Fall sein, würden sie allerdings den Unmut der gesamten Arbeitnehmerschaft zu spüren bekommen.

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sagte, die Forderung der Gewerkschaften, die Einkommen der rund eine Million öD-Beschäftigten um sechs Prozent zu erhöhen, sei keineswegs maßlos. Die GdP streite zudem darum, die Entgelterhöhungen auch für die Landesbeamtinnen und -beamten wirkungsgleich übertragen zu lassen. Ohne den guten Rückhalt dieser Kolleginnen und Kollegen sei auf Dauer gute Polizeiarbeit nicht zu leisten, betonte er. In allen diesen Tätigkeitsbereichen dürften die Beschäftigten natürlich auch die Arbeit niederlegen, wenn die Arbeitgeber konstruktive Verhandlungen blockierten.

Ende Januar stand die zweite Tarifrunde in Potsdam an. **hol**



Erste Verhandlungsrunde (siehe Text links)

Foto: Holecek

- 2 **KOMMENTAR** Sicherheitsdebatte entbrannt
- 3/39 **FORUM**
- 4 **TITEL/KRIMINALITÄT** „In anderen Umständen“
- 10 **DIENST** Aus dem Leben gerissen...
- 14  **NACHRICHTEN**
- 16 **AUS LÄNDERN UND BEZIRKEN** Gewalt gegen Polizeibeamte: Strategien, Vermeidung, Eigenschutz – 7. Polizeitag in München
- 19 **JUBILÄUM** Günter Schröder – Zeitzeuge eines turbulenten Gewerkschaftskapitels
- 20 **VERKEHRSSICHERHEIT** Wie kann Überwachung die Zahl der Verkehrstoten und Verletzten verringern?
- 25 **DIGITALFUNK** Bei Großlagen mehrfach bewährt
- 27 **BILDUNG** Lasche Überwachung
- 29 **TARIFRUNDE 2017** ...oder kurzgefragt: „The same procedure as every year“?
- 31 **SENIOREN**
- 33 **AUSLAND** Rios Polizei ruft SOS
- 34 **VERKEHR** Erhöhung der Sicherheit von Gefahrgutfahrzeugen – IAA-Symposium in Hannover
- 35 **BETREUUNG** Ein Schusswaffenerlebnis geht an keinem spurlos vorbei
- 36 **REISETIPP** Vorbeugen ist besser!
- 37 **JUNGE GRUPPE (GdP)**
- 38 **FRAUENGRUPPE**
- 40 **IMPRESSUM**



## TERRORISMUS

### Sicherheitsdebatte entbrannt

Die Mehrheit der Deutschen fürchtet sich offenbar nicht vor Anschlägen. Zu diesem Schluss kam eine Umfrage der ARD, wenige Wochen nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz. Nach der sogenannten Sonntagsfrage des Senders fühlen sich 73 Prozent der Bürger sicher, bei 26 Prozent überwiegt ein Gefühl der Unsicherheit. Bei Anhängern aller Parteien hat eine Mehrheit



Foto: GdP/Hagen Immel

das Gefühl der Sicherheit, einzig die Sympathisanten der Alternative für Deutschland (AfD) meinen zu zwei Dritteln, Deutschland sei unsicher. Die AfD legte danach in der Wählergunst um unaufgeregte zwei Prozent zu, wie übrigens auch die Union. Wer also bislang befürchtete, ein erster großer islamistischer Terroranschlag mit mehreren Toten auf deutschem Boden würde die Republik in ihren Grundfesten erschüttern, sah sich positiv enttäuscht. Zu Unrecht?

Die Menschen nicht nur in Deutschland scheinen die Lebensrisiken des 21. Jahrhunderts zu kennen. Selbst in einem Land, das bisher von großen Terroranschlägen auch dank gut funktionierender Sicherheitsbehörden verschont geblieben ist, bleibt das politische Beben nach dem Schock vom Breitscheidplatz aus. Der Opfer wurde nicht in Hysterie gedacht, sondern in angemessener Würde, was leider viele als Gleichgültigkeit interpretierten. Das spricht für einen höheren Reifegrad der Bürgerinnen und Bürger, als Politiker und Medien ihnen zutrauen.

Statt nach dem starken Staat zu ru-

fen, fragen die Menschen allerdings nach dem funktionierenden Staat. Etwa, warum jemand mit 14 Identitäten Behörden narren und als Krimineller unbehelligt durch halb Europa reisen kann. Warum Einwanderer, die sich nicht an Regeln und Gesetze halten, dennoch ein Asylverfahren gewährt wird. Warum Kriminelle ohne Aufenthaltsrecht nicht abgeschoben werden. Sie mögen es auch nicht, wenn ihr sauer verdientes Geld, von Betrügern eingesackt wird, das sie – vielleicht nicht begeistert, aber immerhin widerstandslos – an Bedürftige, auch an bedürftige Flüchtlinge, abzugeben bereit sind. Sie fragen, sich, wie es sein kann, dass eine osteuropäische Pflegemafia Milliardenbeträge abzocken kann. Wer hat da Anträge geprüft und genehmigt? Wer ist da nicht misstrauisch geworden? Wer einmal versucht hat, für seine todkranke Mutter eine höhere Pflegestufe zu erreichen, den beschleicht das Gefühl, dass die, die sich an die Regeln halten, das Nachsehen haben, während die im wahren Sinne Asozialen ungeschoren davonkommen.

Ob die Spurensuche nach den Bruchstellen unseres föderalen Systems in Behörden und Verwaltungen zu Zentralisierung und Machtkonzentration als einzige Alternative führt, steht zu bezweifeln. Die kleinen, eher unspektakulären Schrauben sind es, die die Funktionsfähigkeit eines Motors bestimmen.

Viele berechnete Forderungen haben in einer demokratischen Gesellschaft und im Föderalismus oft einen langen Weg vor sich, bevor ihnen Rechnung getragen wird. Unser Kampf gegen die wachsende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte hat aber, wenn auch nach langen Jahren, endlich zur einen Erweiterung des persönlichen Schutzbereichs der Kolleginnen und Kollegen geführt. Die Saarbrücker Agenda zur Digitalisierung der Inneren Sicherheit soll die Polizeiarbeit endlich auf ein neues, modernes Level heben und

damit die Kriminalitätsbekämpfung noch effektiver machen. Endlich – wenn auch spät – haben sich die Innenminister dazu entschlossen, ein zeitgemäßes Informationsmanagement aufzubauen, damit jede Beamtin und jeder Beamte jederzeit und überall Zugriff auf die Informationen haben, die für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Wer diese Anstrengung als zu gering erachtet, kann ja beispielsweise einmal versuchen, in Deutschland einheitliche Fahrkartenautomaten durchzusetzen. Zwar hat die EU-Kommission im Januar 2016 beschlossen, die ECRIS-Strafregister-Datenbank der EU um die Fingerabdrücke und Straftaten von Drittstaatlern wie dem Terroristen aus Berlin oder dem Sexualmörder aus Freiburg zu erweitern, aber es passiert seither wenig. Die Folge ist, dass es eben immer noch keine notwendige automatisierte Abfrageverknüpfung mit dem deutschen Ausländerzentralregister, der Flüchtlingsdatenbank EUODAC und den Dateien im INPOL-System der Polizeien gibt. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, alle EU-Länder davon zu überzeugen, dass den Ankündigungen auch Taten folgen müssen. Auch in unserem Land hätte es vielleicht genügt, wenn irgendeine der vielen Stellen, die von den Mehrfachidentitäten Anis Amris wussten, Anzeige wegen Identitätsverschleierung gestellt hätte.

Wenn die Verwaltungsbehörden, die das Aufenthalts-, Asyl- und Ausländerrecht vollziehen, ihrer Pflicht zur Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden engagiert nachkommen und sich alle staatlichen Behörden in ihrem Selbstverständnis als Teil der Sicherheitsarchitektur empfinden, wären wir einen großen Schritt weiter.

Der Islam ist wie das Christentum eine friedliebende Religion. Muslime lehnen Terrorismus und seine Ziele ebenso ab, wie andere Teile unserer Bevölkerung. Weltweit sind die meisten Opfer des angeblich im Namen des Islam verbreiteten Terrorismus Muslime. Umso wichtiger ist es,



genau hinzusehen, was im Namen des Islam in unserem Land passiert. Wenn Unterstützervereine oder Moscheevereine Geldsammlungen für „Gefährder“ und Terrorgruppen durchführen, extremistische Imame in bekannten Moscheen ein- und ausgehen dürfen, haben sie das Recht auf Religionsfreiheit verwirkt. Die Welle an Vorschlägen zur Verbesserung der inneren Sicherheit schwillt an, je näher der Termin der Bundestagswahl rückt.

Jeder Vorschlag ist überlegenswert. Dennoch: Nach den Vorstellungen des Bundesinnenministers Thomas de Maizière soll der Bund mehr Kompetenzen erhalten und die Landesämter für Verfassungsschutz abgeschafft werden. Die heftige Kritik aus den Ländern war zu erwarten. Der Föderalismus ist eine mit Blut und Tränen erkaufte Erfahrung aus der Geschichte, auch der jüngeren unseres Landes. Die Gründe, Polizeihoheit nicht zentral zu organisieren, sind also schwergewichtig und durch bloßen Pragmatismus nicht zu schlagen. Und ob es der inneren Sicherheit gut tut, wenn sich, was zu erwarten war, Bund, Länder, Parteien, Institutionen und Organisationen nach diesen Vorschlägen ineinander verbeißen, darf ebenso bezweifelt werden, wie die Vorstellung, dass bei einer Zentralisierung tatsächlich nichts mehr schief laufen kann. Dort, wo die Sicherheitsbehörden zentralistisch organisiert sind, funktioniert die Terrorabwehr jedenfalls deutlich schlechter als in Deutschland. Sicherheitsprogramme minus Wahlkampf: es bleibt zu hoffen, dass wenigstens ein sinnvoller Einsatz der Videoüberwachung, die unsinnigen Hürden bei der Überwachung der verschlüsselten Kommunikation, der personelle Aufwuchs der Sicherheitsbehörden und ihre angemessene materielle wie technische Ausstattung übrigbleiben.



Oliver Malchow  
GdP-Bundesvorsitzender

### Zu: Silvester 2016/2017

Bevor die neue Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI erscheint, in der möglicherweise ein Beitrag zu Silvester in Köln enthalten sein wird, muss ich etwas loswerden: In welcher Gesellschaft leben wir? ACAB (All cops are bastards) ist erlaubt, weil kein konkreter Kollege gemeint ist. Aber NAFRI (Nordafrikanischer Intensivtäter) als (eigentlich interne) Abkürzung ist beleidigend und diskriminierend?!

Lutz Trampen, Düsseldorf

### Zu: Ein Jahr nach Köln, DP 1/17

Liebe Kollegen der Redaktion DEUTSCHE POLIZEI, ein Jahr ist es nun her, was auf dem Titelbild zu sehen ist. Ist die Lage seither besser geworden? Nein, eher das Gegenteil ist der Fall, wie das eingeklinkte kleine Foto zeigt. Was hat sich geändert?

In Deutschland veranstalten die Polizeien ab 2016 zu Silvester ihren Gemeinschaftstag. Sie feiern zusammen, aber ohne ihre Familien Silvester in Köln und anderen Großstädten ihres Heimatlandes, ein paar zivile Zuschauer sind auch da.

In meiner Lokalpresse war eine Karikatur: Die Frau eines Polizisten klagt bei der Eheberatungsstelle ihr Leid: „Mein Mann lässt mich immer allein. Er geht mit seinen Kollegen zum Fußball und auf den Weihnachtsmarkt“. „Warum nimmt er Sie denn nicht mit?“, so die Gegenfrage des Beraters. Die Antwort der Frau: „Er ist bei der Bereitschaftspolizei“.

Die Deutschen feiern in ihrem eigenen Land Weihnachten hinter Betonpollern und den Jahreswechsel hinter Drahtzäunen. So weit ist es gekommen. Was wird da noch werden, wovon wir selbst im schlechtesten Traum noch nicht zu träumen wagen? Zum Jahreswechsel 1999/2000, dem Millennium, war die größte Sorge, dass die Computer die Umstellung auf die Zwei als erste Jahresziffer nicht schaffen.

16 Jahre später, ein ganz anderes Szenario. 1.700 Polizisten auf der Köl-

ner Domplatte, dazu 600 städtische Ordnungskräfte und einiges an Bundespolizei. Da bleibt nicht viel Platz für andere Feiernde. Einlasskontrollen und Platzverweise, über die sich dann die Grünen-Chefin im Fernsehen aufregt.

Ich fühle mich in Deutschland nicht mehr sicher. An jeder Ecke kann mir ein plötzlich religiös ausflippender Moslem eine Axt über den Kopf ziehen, ein Messer in den Rücken jagen oder mich mit einem Auto totfahren.

Ungerechte und ungerechtfertigte Vorwürfe aus allen Ecken gegen die Polizei, die Polizei wäre auf die Situation zu Silvester 2015 nicht oder schlecht vorbereitet gewesen. Was für eine Situation? Und wie bitteschön soll sich denn eine Polizei in Deutschland, einem zivilisierten Land, auf eine Silvesterparty vorbereiten, an der außer Einheimischen zivilisierte und hochgebildete Gäste aus dem Ausland teilnehmen? Menschen aus dem Ausland, die hier zu Gast sind, das möchte ich wiederholen. Oder waren es keine zivilisierten und hochgebildeten Menschen, wie uns so vollmundig bei ihrer Einreise erklärt wurde? Akademiker, Ärzte und Ingenieure. Facharbeiterfamilien mit Kindern.

Die Frage an die, von denen die Kritik an der Polizei ausgeht

Fortsetzung auf Seite 39

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

#### Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de



## „In anderen Umständen“

### Motive zur Tötung von Neugeborenen – Eine Betrachtung des Phänomens Neonatizid

Von Dr. Sandra Hahn M.A. und Lisa Maldener

*„Totes Baby im Schnee gefunden“ – bereits an derartigen Schlagzeilen ist feststellbar, dass Fälle von getöteten Neugeborenen ein großes Interesse in der Kriminalitätsberichterstattung finden. Insbesondere in einer modernen Gesellschaft mit unzähligen Verhütungsmethoden, dem legalen medizinischen Schwangerschaftsabbruch, der Möglichkeit der vertraulichen und anonymen Geburt sowie der Abgabe der Säuglinge in Babyklappen als auch durch die sexuelle Aufklärung unter anderem in Schulen und sozialen Medien, scheint es schwer nachvollziehbar, dass ein Kind zur Welt gebracht und anschließend von der eigenen Mutter getötet wird. Dieser Umstand muss ergänzend zu der ohnehin anspruchsvollen Aufgabe der Deliktsaufklärung für die ermittelnden Polizisten betrachtet werden. In einer Forschungsarbeit der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar), Fakultät für Sozialwissenschaften, wurde das Phänomen der Neugeborenentötung – Neonatizid – qualitativ untersucht. Die Ergebnisse sollen für die konkrete Einzelfallanalyse zusammen mit der Ermittlungsarbeit dienlich sein. Im folgenden Artikel wird ein Überblick über die Forschungserkenntnisse gegeben. Und auch Einblicke in die Analyse der Fallarbeit anhand einer konkreten Tat.*

#### Aktualität

Im August 2016 soll laut Medien eine 35-jährige Frau aus Willich-Anrath in Nordrhein-Westfalen ihren Sohn nach der Geburt erstickt haben. Der tote Säugling wurde in der Wohnung der Mutter gefunden, nachdem ein Arzt festgestellt hatte, dass die Frau zuvor entbunden haben muss, jedoch widersprüchliche Angaben über die Schwangerschaft und eine angebliche Fehlgeburt machte. Die Frau hatte zuvor selbst das Krankenhaus wegen Unterleibsschmerzen aufgesucht. Als auch kein Mutterpass vorgezeigt werden konnte, wurde die Polizei kontaktiert. Der Verdacht einer Neugeborenentötung erhärtete sich und die Mordkommission übernahm



Foto: Philipp Rohner



die weiteren Ermittlungen. Die geständige Beschuldigte wurde vorläufig festgenommen. Es erging nach einem Medienbericht Haftbefehl wegen Totschlags.

## Immer wieder Fälle von Neugeborenentötungen

In jedem Bundesland wird die Polizei mit derartigen Fällen konfrontiert. So hat eine Frau in Oberfranken sogar acht ihrer eigenen Kinder unmittelbar nach der Geburt getötet. Nachdem die Babyleichen 2015 im verwesenen Zustand in ihrem Wohnhaus gefunden und Ermittlungen eingeleitet wurden, verurteilte ein Gericht die Frau, die bereits zwei Kinder aus erster Ehe hat, im Juli vergangenen Jahres zu 14 Jahren Haft wegen Totschlags. Ihre Familie habe die Schwangerschaften nicht mitbekommen. Sie selbst habe diese zwar bemerkt, jedoch nicht wahr haben wollen.

Mit derartigen Aussagen zu einer möglichen Verdrängung, einer Verheimlichung oder des Nicht-Bemerkens einer Schwangerschaft werden die Polizeibeamten in solchen Fällen genauso konfrontiert wie mit dem Umstand, dass keine Angehörigen – auch nicht der Intimpartner – die Schwangerschaft oder die Geburt bemerkt haben wollen. Dies verdeutlicht die komplexe Ermittlungsarbeit, der es gerecht zu werden gilt. Diese Erkenntnisse bewogen die beiden Autorinnen zu dem Forschungsprojekt. Resultierend hieraus ist eine qualitative Studie entstanden, in der die Analyse eines Neonatizides im Vordergrund steht. Der Fall einer Neugeborenentötung wird dabei aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Die gewonnenen Erkenntnisse ermöglichen die Tat nicht nur aus Sichtweise der Täterin, sondern auch aus ihrem Umfeld näher betrachten zu können. Somit ist die Forschung realitätsnah am konkreten Handeln der Polizeibeamten ausgerichtet, sodass diese bei der Fallbearbeitung weiterer, ähnlich gelagerter Fälle hilfreich sein soll.

Die Ergebnisse sind jedoch nicht ausschließlich für die polizeilichen Ermittlungen von Interesse, in dem durch die Rekonstruktion der unterschiedlichen Vernehmungen und Gutachten, die in der Forschungsarbeit dargestellt werden, das Tathandeln in Bezug auf die Abgrenzung einer



**Sandra Hahn, Dr. phil., Jahrgang 1982, Master of Criminology and Police Science (M.A.), Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar), Fakultät für Sozialwissenschaften, nebenberufliche Dozentin an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Saarlandes (FHSV), Fachbereich Polizeivollzugsdienst, Mitarbeiterin der Pädagogischen Frühförderung der gemeinnützigen Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit mbH in Saarbrücken.**

Foto: privat

- negierten Schwangerschaft, das heißt, dass die werdenden Mütter sämtliche Hinweise auf eine Schwangerschaft von ihrem Bewusstsein fernhalten/verdrängen oder
- verheimlichten Schwangerschaft, das heißt, dass die betreffenden Frauen sich bewusst sind, schwanger zu sein, diesen Umstand jedoch ignorieren und verstecken oder
- nicht bemerkten Schwangerschaft  
herausgestellt werden kann.

Hierbei gilt es zu erwähnen, dass eine von dem Berliner Gynäkologen und Rechtsgutachter Jens Wessel durchgeführte Untersuchung im Jahre 2001 ergab, dass bei circa 300 bis 600 Geburten eine unbemerkt bleibt. Wessel benutzt den Begriff „unbemerkt“, wenn die Schwangere mindestens bis zur 20. Schwangerschaftswoche nicht registriert, dass sie schwanger ist. Weiterhin wurde durch diese Studie deutlich, dass eine von 2.455 Schwangerschaften sogar bis zu der Geburt unerkant bleibt. Dies wird auch von Aussagen von Heb-

ammen untermauert, die berichten, dass sie jüngeren wie älteren Frauen bereits behilflich waren, die beispielsweise auf Grund des Verdachts einer Blinddarmentzündung oder Gallenkolik das Krankenhaus aufgesucht haben, wobei sich herausstellte, dass das vermutete Leiden einen Wehenschmerz darstellte und die Geburt unmittelbar bevorstand. Kindsbewegungen wurden als Darmbewegungen gedeutet, die Zunahme an Gewicht beispielsweise durch Unverträglichkeiten erklärt und Zwischenblutungen – die auch innerhalb einer Schwangerschaft möglich sein können – als Periodenblutungen gesehen. Eine Unregelmäßigkeit der Menstruation wurde zum Beispiel mit Stress erklärt, sodass die „plötzlich werdenden Mütter“ eine Schwangerschaft nicht in Betracht gezogen haben oder ziehen wollten – dies muss im Einzelfall bewertet werden. Diese Aspekte können auch im Vorhinein einer derartigen Tat, so zum Beispiel für die Soziale Arbeit (sozialpädagogische Familienhilfe) von Nutzen sein, wenn die negierte Schwangerschaft als Risikofaktor in der Gesellschaft bekannt und wahrgenommen wird. Somit sollen die daraus resultierenden Ergebnisse sowohl für die polizeiliche Ermittlungsarbeit herangezogen werden können als auch zur Erkenntnisgewinnung in Bezug auf bedeutsame Fragen von sozialwissenschaftlicher Relevanz beitragen.

## Zum Delikt Neonatizid

Für die polizeiliche Praxis stellt eine Neugeborenentötung rechtlich gesehen ein Tötungsdelikt dar. Konkret wird ein derartiger Fall eines Neonatizides – nach dem US-amerikanischen Psychiater Phillip Resnick – als Tötung des eigenen Neugeborenen während oder unmittelbar nach dem Geburtsvorgang, innerhalb der ersten 24 Stunden nach dessen Entbindung, verstanden. Nahezu jeder Neonatizid wird durch die Mutter des Kindes verübt, wobei das Alter der handelnden Frauen bei Begehung über den gesamten gebärfähigen Zeitraum reicht.

Bei dem Phänomen der Neugeborenentötung wird jedoch ein hohes Dunkelfeld angenommen. Bisherige Forschungen belegen, dass in Deutschland pro Jahr etwa zwischen 15 und 40 Neugeborenentötungen (auch Versuche) registriert werden (vgl. LKA NRW 2015). Es kann allerdings keine



exakte Erhebung von Neonatiziden stattfinden, sodass hier ausschließlich von einem Richtwert ausgegangen werden muss. Aus diesem Grund kann ergänzend die Erhebung der Organisation Terre des Hommes herangezogen werden. Diese erstellt jährlich eine Auflistung der tot sowie lebend ausgesetzt aufgefundenen Neugeborenen (siehe nachfolgende Tabelle).

Folge hat. Um eine an der Ermittlungsarbeit orientierte Analyse zu verdeutlichen, wird eine detaillierte Rekonstruktion, beginnend bei der Analyse der objektiven Daten der Kindsmutter, des von dieser getätigten Notrufes, über die Vernehmung des bis zur Aufdeckung der Tat unwissenden Kindsvaters, die Vernehmungen der Eltern der Kindsmutter als auch die Analyse

fernte Arbeit, wobei sie ihrer Tochter erlauben, die Schule – sie ist in der 11. Klasse eines Gymnasiums – aufgrund ihrer Schmerzen nicht zu besuchen. Ihr Bruder besucht die Schule, sodass die Schülerin allein zu Hause ist. Als die Eltern auf dem Weg zur Arbeit sind, ruft sie ihren 18-jährigen Freund, mit dem sie seit etwa eineinhalb Jahren zusammen ist, an und bittet ihn, zu ihr zu kommen und sie zum Arzt zu fahren, da sie die Schmerzen nicht mehr erträgt. Der Freund macht sich daraufhin gegen 8.00 Uhr auf den Weg zu ihr. Auf der Fahrstrecke kommt er jedoch aufgrund einer mit Schnee und Eis bedeckten Fahrbahn von dieser ab und bleibt mit seinem Pkw liegen. Der junge Mann geht zu Fuß weiter und verständigt einen Abschleppdienst. Der Freund erklärt in seiner Einlassung, dass seine Freundin etwas länger braucht, um die Tür zu öffnen, da sie sich vor Schmerzen

Tabelle: Tot bzw. ausgesetzt-lebend aufgefundenene Neugeborene in Deutschland

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
tot aufgefundenene Neugeborene	32	26	29	24	14	16	24 a) 27 b)	21	16	22
lebend aufgefundenene Neugeborene	6	10	8	12	2	9	10	9	7	7
Unklar			1			1	1	1		1
Gesamt	38	36	38	36	16	26	35 38	31	23	30

a) Zahl der Neugeborenen, die unmittelbar nach der Geburt getötet wurden.  
b) Im Jahr 2012 wurden drei Fälle registriert, bei denen die Tötung 30 Tage nach der Geburt erfolgte.

Quelle: Terre des Hommes

Auch wenn die Familienverhältnisse Experten zufolge unterschiedlich sind – in einigen Fällen „intakt und harmonisch“, in anderen Fällen kam es vor, dass die handelnden Frauen einem „sozial schlechter gestellten Herkunftsmilieu“ zuzuordnen waren – ist das Entsetzen unabhängig vom jeweiligen Ursprungsmilieu, insbesondere innerhalb der engen Verwandtschafts- und gegebenenfalls Partnerbeziehung groß. Dies ist ein zusätzlich erschwerender Faktor für die Ermittlungen.

## Fall einer 16-Jährigen rekonstruiert

Die Studie basiert auf einer Auswertung von Fachbeiträgen, Gesetzestexten und deren Kommentierungen, wissenschaftlichen Studien und Statistiken. Auch mediengeleitete Impressionen, zum Beispiel aus Internetartikeln zu gleichgelagerten Fällen, finden Beachtung. Dieser direkte empirische Zugang zu dem konkreten Fallmaterial ermöglicht, Rückschlüsse auf das spezifische Handeln der Mutter vorzunehmen, was sowohl aus wissenschaftlicher als auch polizeilicher Perspektive von Bedeutung ist.

Um ein Theorie-Praxis-Verhältnis zu verdeutlichen wird das Delikt einer 16-jährigen Jugendlichen aus dem Jahr 2010 rekonstruiert, die ihr neugeborenes Mädchen unmittelbar nach der Geburt im schneebedeckten Garten ihres Elternhauses aussetzt, was den Tod des nackten Säuglings zur

des Gutachtens der Kindsmutter in Ergänzung zu den Tatortberichten und Ergebnissen der Rechtsmedizin durchgeführt. Hiermit soll nicht zu einer weiteren Mythenbildung beigetragen werden, indem auf überwiegend jugendliche, erstgebärende Kindsmütter als Täterinnen verwiesen werden soll. Im Gegenteil, mit der Analyse dieses Falls wird auf einen in der polizeilichen Ermittlungspraxis relevanten Bereich aufmerksam gemacht, der sich zum Beispiel in ähnlicher Weise im Dezember 2015 in Berlin ereignete. Hier hat eine 18-jährige Gymnasiastin im „Kinderzimmer“ der elterlichen Wohnung ein Mädchen zur Welt gebracht und anschließend getötet. Auch hier haben weder die Geschwister noch die Eltern, Freundinnen oder der Intimpartner die Schwangerschaft oder Geburt bemerkt. Auch in diesem Fall ist der Verdacht einer derartigen Tat erst im Kontext des Krankenhausaufenthaltes der Kindsmutter entstanden.

## Was ist passiert? Das Ereignis...

Die schwangere 16-Jährige klagt am Morgen über heftige Bauchschmerzen, die ihren Angaben zufolge auf Menstruationsbeschwerden zurückzuführen sind. In der Nacht steht sie des Öfteren aus ihrem Bett auf und läuft auf Grund großer Schmerzen im Haus herum. Zur Schmerzlinderung nimmt sie Tabletten ein. Beide Elternteile fahren gegen 5.40 Uhr auf die circa 50 Kilometer ent-

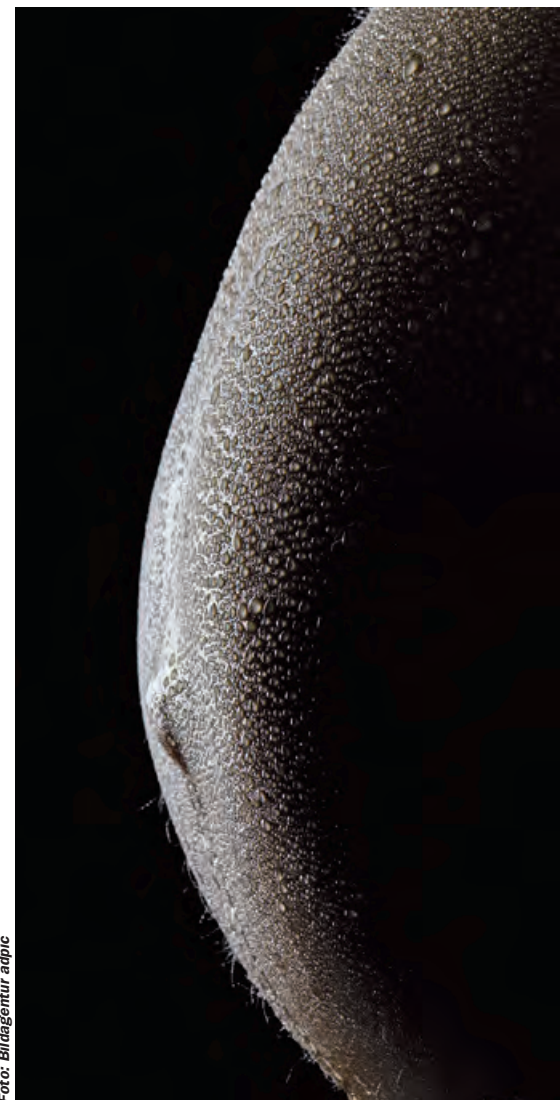


Foto: Bildagentur anpic





kaum bewegen kann. Des Weiteren trägt das Mädchen ein Handtuch zwischen ihren Beinen, um sich vor der Blutung zu schützen. Weder sitzen, liegen, noch stehen ist aufgrund ihres Schmerzempfindens möglich. Im Beisein ihres Freundes ruft die Beschuldigte ihren Vater an, dass dieser nach Hause kommen und sie zu einem Arzt fahren soll, da der Freund der Beschuldigten kurz zuvor von dem Abschleppunternehmen angerufen wurde und sich auf den Weg zu seinem im Schnee feststeckenden Auto macht. Nachdem das Fahrzeug abgeschleppt ist, fährt der Freund der Beschuldigten wieder zu sich nach Hause.

Gegen 10.10 Uhr setzt die Jugendliche einen Notruf ab. In dem Gespräch mit der Rettungsleitstelle erklärt das Mädchen, dass sie sehr starke Schmerzen in ihrer Gebärmutter hat. Sie vermutet, dass es sich nicht um Menstruationsbeschwerden handelt, wie sie noch zuvor ihren Eltern gegenüber behauptet hat. In dem Gespräch wird zwischen der 16-Jährigen und dem Mitarbeiter der Rettungsleitstelle vereinbart, dass sie zunächst mit ihrem Vater Rücksprache hält, ob ein Krankenwagen zu ihr nach Hause kommen soll oder sie selbstständig ein Krankenhaus aufsucht. Das Gespräch wird damit beendet, dass die 16-Jährige sich dazu bereit erklärt, sich mit der Rettungsleitstelle erneut in Verbindung zu setzen, sobald sie mit ihrem Vater gesprochen hat.

### Untersuchung bestätigt Verdacht des Arztes

Nach dem Gespräch kommt der Vater des Mädchens frühzeitig, etwa gegen 11.00 Uhr, von der Arbeit nach Hause. Er kann auf dem Weg zum Kinderzimmer seiner Tochter Blutspuren auf dem Boden feststellen, jedoch erklärt sie, dass die Situation nicht mehr so schlimm ist wie am Morgen. Auf den Vater wirkt das Mädchen zu diesem Zeitpunkt teilnahmslos, sodass er sie in ein Krankenhaus fährt. Auf Nachfrage des diensthabenden Arztes, ob ein Schwangerschaftstest durchgeführt werden kann, erklärt sich die Beschuldigte einverstanden, da sie weiß, dass sie nicht schwanger ist. Eine ärztliche Untersuchung des Mädchens bestätigt den Verdacht des Arztes, dass eine Schwangerschaft bei der 16-Jährigen vorgelegen hat. Der Stationsarzt erklärt dem Vater, dass seine Tochter vor

kurzer Zeit ein Kind entbunden haben muss. Die Schwangerschaft ist bis zur circa 30. Schwangerschaftswoche ausgetragen worden. Der Vater zeigt sich sichtlich erschrocken über die Aussage und erklärt, dass er zu Hause kein Kind gesehen hat. Er wird informiert, dass seine Tochter nun operiert werden muss. Auf dem Weg in den OP-Saal erleidet diese einen Krampfanfall.

Durch die Rettungsleitstelle wird gegen 13.05 Uhr die Polizei über den Sachverhalt in Kenntnis gesetzt. Es wird dargelegt, dass unklar ist, wo sich der Säugling befindet. Weder die Kindsmutter noch deren Vater können Angaben über den Verbleib des Neugeborenen machen.

Durch die vor den Polizeibeamten eingetroffenen Rettungssanitäter werden Suchmaßnahmen in dem Wohnanwesen sowie angrenzenden Garten durchgeführt. Es handelt sich um ein Haus mittlerer Wohnklasse mit einer Garage im Untergeschoss, in einem reinen Wohngebiet. Nach der Absuche des Einfamilienhauses, insbesondere des im Untergeschoss befindlichen Kinderzimmers sowie der Kellerräume, können im angrenzenden Garten Fußspuren im Schnee festgestellt werden. Unter einer Schneeschicht kann eine schwache Blutspur festgestellt werden. Die Rettungssanitäter folgen dieser bis zu einer Grundstückshecke. Der dort befindliche 40 Zentimeter hohe Schnee wird von den beiden Männern beiseite geräumt. Darunter wird ein nackt abgelegtes, weibliches Neugeborenes gefunden. Der Körper des Mädchens ist zu diesem Zeitpunkt bereits gefroren. Der kurze Zeit später eingetroffene Notarzt kann nur noch den Tod des Säuglings feststellen.

Gegen die Mutter des toten Säuglings wird ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Aussetzung mit Todesfolge eingeleitet. In diesem Zusammenhang wird eine gutachterliche Stellungnahme der Beschuldigten angefertigt. Da jedoch die Möglichkeit eines Krampfanfalls während der Entbindung in Betracht gezogen werden muss, wird das Verfahren aus Mangel an Beweisen gemäß Paragraph 170 Abs. 2 Strafprozessordnung (StPO) eingestellt.

### Zum Tatablauf

Durch die Analyse unterschiedlicher Materialien durch die Autorinnen wurde sichtbar, dass die 16-Jährige, die



*Lisa Maldener, Jahrgang 1993, Dipl.-Verwaltungswirtin (FH), Polizeikommissarin im Wach- und Streifendienst der Polizeiinspektion Neunkirchen des Landespolizeipräsidiums Saarland und Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Foto: privat*

bis zum Tatzeitpunkt einen normalen biografischen Lebenslauf aufweist, in einem behüteten, ländlichen Milieu aufgewachsen ist. Sie hat seit fast zwei Jahren einen Freund, mit dem sie seit Beginn der Beziehung ein sexuelles Verhältnis pflegt. Den Eltern berichtet sie jedoch, dass dieser ausschließlich ein „Kumpel“ sei. Wenn sie bei ihm übernachtet, erklärt sie den Eltern, dass sie bei Freundinnen schläft. Sie versichert ihrem Freund, die Pille zu nehmen, die sie aber nachweislich nie verschrieben bekommen hat. In ihrer gutachterlichen Befragung gibt sie später an, dass sie erst nach einer gewissen Zeit ein sexuelles Verhältnis eingegangen sind und mit Kondom verhütet haben, was nach Angaben der zeugenschaftlichen Vernehmung des Freundes nicht der Wahrheit entspricht.

Im Sommer des Jahres zuvor ist der 16-Jährigen, gemäß der Aussage des Freundes, aufgefallen, dass ihre Periode ausbleibt. Vor ihren Eltern und im Gespräch zu ihrem eigenen Gutachten wird sie dies nachfolgend leugnen. Laut Angaben des Freundes einigen sich beide darauf, dass sie einen Schwangerschaftstest macht, den sie allein durchführt und der ihren Angaben zu Folge negativ ausfällt. Nachdem jedoch der Bauch seiner Freundin immer dicker wird, überredet



er diese, einen Frauenarzt aufzusuchen. Auch den Termin möchte seine Freundin allein wahrnehmen und teilt mit, dass keine Schwangerschaft besteht. Aus den Ermittlungen ist jedoch bekannt, dass dieser Besuch bei dem Gynäkologen nie stattgefunden und sie ihren Freund angelogen hat. Ab diesem Zeitpunkt will sie nicht mehr über eine mögliche Schwangerschaft reden, was der Freund akzeptiert. Die

die Schmerzen jedoch unerträglich werden, kontaktiert sie ihren Freund, ihren Vater und wählt den Notruf. Insbesondere bei Letzterem wird deutlich, dass das Mädchen eine Schwangerschaft nicht wahrhaben will. Durch die Analyse der Transkription des Notrufs wird sichtbar, dass sie weiß, dass nicht ihre Periode ursächlich ist für ihre Schmerzen, doch den wahren Grund benennt sie nicht. Sie umschreibt die

nur eingeschränkt gelingt. Folglich können realitätsangemessene Handlungen in der Forschungsarbeit, dokumentiert durch die gute Polizeiarbeit, nachgewiesen werden. Interessant wäre gewesen, ob das Mädchen im Internet themenspezifisch recherchiert hat. Hierzu sind jedoch keine Erkenntnisse bekannt beziehungsweise in der Ermittlungsakte keine Angaben hierzu vorhanden. Jedoch ist auf den Tatortfotos zu erkennen, dass auf dem Nachttisch rechts neben dem Bett der Jugendlichen das Lexikon „Medizin und Gesundheit“ liegt.

Frage  
Hatte [REDACTED] Freundinnen?  
Antwort  
Ja. Doch sie blieb die letzte Zeit immer mehr für sich. Sie hatte immer eine Weste über den Bauch und versuchte immer, den Bauch zu verstecken.

Beziehung geht weiter wie bisher. Den Eltern fällt die körperliche Veränderung der Tochter auf. Der Vater fragt zwei Wochen vor der Tat, ob sie schwanger sei, was diese empörend verneint.

sen lediglich mit „Schmerzen in der Gebärmutter“. Nach Ende des Telefonats und vor Eintreffen des Vaters bringt die Schülerin das Kind auf die Welt und setzt das Neugeborene im schneebedeckten Garten aus. Als der

## Schwangerschaft wird ausgeblendet

Die 16-Jährige möchte nichts von dem Neonatizid wissen. In ihrer anschließenden Befragung zu ihrem Gutachten erzählt sie erstmal nichts von „der Sache“, sondern berichtet lediglich, dass es ihr gesundheitlich nicht so gut geht, sie aber jetzt auf dem Weg der Besserung ist. Ihre Noten sind auch besser als früher, und sie möchte Jura oder Sozialpädagogik studieren. Wie auch vor der Geburt blendet sie die Schwangerschaft aus. Auf die Frage der Untersuchungsperson gibt die 16-Jährige an, niemals von ihrer Umgebung auf die Schwangerschaft angesprochen worden zu sein, was durch die Analysen dreier Vernehmungen widerlegt werden kann. Alles sei total überraschend für sie gekommen. Erst zwei Wochen nach den Ereignissen hat sie erfahren, was passiert ist. Sie sei geschockt. Auf das Kind angesprochen gibt sie an, dass sie Angst gehabt hätte und durch das „viele Blut schockiert gewesen“ sei. Folglich präsentiert sie hierdurch doch eine Erinnerung zum Tatgeschehen. Außerdem hat sie erfahren, dass das Kind wahrscheinlich eh nicht weiter lebensfähig gewesen wäre, da es als Frühgeborenes lediglich 41 Zentimeter groß und nur 1.427 Gramm schwer war.

Dieser Umgang mit der Tat zeigt auf, dass die Betroffene die Realität (weiterhin) ignoriert. Dies weist auf eine besondere Persönlichkeitsstruktur hin, die für die Schwangerschaft und folgende Tat von Bedeutung ist. Zudem wird in der Analyse ersichtlich, dass die Jugendliche die Schwangerschaft und das Kind nicht benennen kann. Das Erlebte wird umschrieben, was auf eine Entfremdung hinweist. Im Grunde möchte sie mit dem Fall nichts zu tun haben. Sie sieht sich vielmehr als ein

Frage:  
War [REDACTED] bei einem Frauenarzt?  
Antwort:  
Nein, sie wollte zu keinem Frauenarzt. Sie sagte immer, sie sei nicht schwanger und bräuchte deshalb auch nicht zu einem Frauenarzt.

Auch die Mutter erkundigt sich – obwohl das Thema Sexualität tabubehaftet und insbesondere die Tochter ungern darüber reden möchte –, ob sie einen Frauenarzt besuchen will. Da die Tochter jedoch weiß, dass sie nicht schwanger ist, will sie auch nicht zum Arzt, sodass das Thema beendet wird. Die Mutter gibt in ihrer Vernehmung an, dass sie die Gewichtszunahme auf den geringeren Sport ihrer Tochter auf Grund des erhöhten Lernpensums zurückführt. Deshalb ist für die Mutter nachvollziehbar, dass ihre Tochter nur noch weitere Kleidung trägt.

Im Kontext der Gutachtenerstellung leugnet die Tochter, von ihren Eltern oder ihrem Freund auf eine mögliche Schwangerschaft angesprochen worden zu sein.

## Mädchen erleidet Krampfanfall

Die Schülerin ignoriert in der Folge die Möglichkeit, schwanger zu sein. Die einsetzenden Geburtswehen erklärt sie erst mit Magenbeschwerden, später mit Menstruationsleiden. Als

Vater das Mädchen zu Hause antrifft sagt sie daraufhin, dass das Ganze „nicht mehr so schlimm“ ist. Da es ihr aber nicht gut geht, fährt sie auf Drängen des Vaters mit in ein Krankenhaus. Dort erleidet sie einen Krampfanfall. Dies ist auch ihre Argumentation für das Tatgeschehen – sie will bei der Geburt einen Krampfanfall erlitten haben und nicht mehr zu „realitätsangemessenen Handlungen“ fähig gewesen sein. Außerdem könne sie sich dadurch an nichts mehr erinnern.

Jedoch kann durch die Forschungsarbeit nachgewiesen werden, dass die 16-Jährige Wäschestücke mit erheblichen Blutantragungen (Schlafanzughose der Kindsmutter, Handtücher) in die Waschküche unter einem Berg normaler Schmutzwäsche, die bereits dort vorhanden ist, nach der Tat deponiert. Weiterhin wird deutlich, dass ein Putzeimer samt Wischmopp mit Blutanthaftungen im Hausflur (zwischen Kinderzimmer und Ablageort des Neugeborenen) steht. Es ist davon auszugehen, dass die 16-Jährige nach der Aussetzung Blutspuren weitestgehend entfernen will, was ihr jedoch



Opfer, welches durch den Geburtsvorgang geschockt ist. In Ergänzung zu ihrer nachweislich falschen Darstellung, die unter anderem erst zu der Schwangerschaft führte, indem sie nicht – wie gegenüber ihrem Freund versichert – verhütet und sie somit eine Schwangerschaft billigend, in Form von sexuellem Egoismus und Gleichgültigkeit, in Kauf nimmt, wird das Motiv erkennbar: sie will nicht schwanger sein und somit auch kein Kind haben, was zu der die Tötung des Säuglings auslösenden Handlung – die schutzlose Aussetzung des Neugeborenen – führt.

Sie verdeckt die Schwangerschaft erfolgreich, und so will sie auch mit dem Kind umgehen, indem sie es aus ihrem Sichtbereich schafft. Den Tatbestand begünstigt, dass sie das Kind nicht als menschliches Wesen betrachtet. Für sie ist es, wie sie im Verlauf des Gutachtens schildert, ein „Fremdkörper“. Noch Monate nach der Tat kann sie nicht aussprechen, dass sie eine Tochter geboren hat, was ihre Bewältigungsstrategie erneut auf eine drastische Art verdeutlicht. Eine Therapie lehnt sie ab. Sie hätte einmal einen Therapeuten besucht, benötige dies aber nicht.

Durch die Analysen wird deutlich, dass die Beschuldigte die Schwangerschaft registriert, jedoch nicht wahrhaben will und somit ignoriert, was in der Folge zu der tödlichen Aussetzung des Neugeborenen führt. Dass sie selbst die Schwangerschaft nicht bemerkt hat, wie die Eltern als auch die Kindsmutter nachdrücklich behaupten, kann dadurch widerlegt werden.

Einige Jahre später. Die Tat ist bereits vergangen. Die Kindsmutter hat ihr Leben weiter gelebt, ein gutes Abitur absolviert, ihr Studium in einem anderen Bundesland erfolgreich beendet und ist bereits im Berufsleben tätig. Sie besuchte mit ihrer Mutter nach der Tat einen Gynäkologen und hat sich die Pille verschreiben lassen.

## Fazit

Die Forschungsergebnisse sollen eine sinnvolle Ergänzung zu bereits vorhandenen statistischen Forschungsergebnissen darstellen. Hervorzuheben gilt, dass es sich bei der Aufklärung eines derartigen Deliktes um eine herausfordernde Sachbearbeitung handelt, innerhalb welcher verschiedene Aspekte Beachtung finden sollten.

Im Vergleich zur Gesamtkriminalität, innerhalb welcher Männer die

Mehrzahl der Täter bilden, sind bei Neonatiziden hauptsächlich Frauen jeden gebärfähigen Alters und jedes Milieus Täter. Das heißt, jugendliche Erstgebärende aber auch bereits erfahrene, in etablierten Partnerschaften lebende Frauen, die gegebenenfalls

zuerhalten. Da sie dies selbst glauben möchte, wirken diese auch sehr überzeugend. Auch das nahe Umfeld der Frauen möchte diesen, insbesondere auf Grund der Emotionalität, die die Tötung eines Neugeborenen auslöst, glauben.

Frage:  
[redacted] hat in seiner Vernehmung gesagt, dass [redacted] seit Juni/Juli 2009 nicht mehr ihre Tage hatte.  
Was sagen Sie dazu?  
Antwort:  
Wenn dem so wäre, müsste [redacted] mir etwas vorgemacht haben. Das glaube ich aber nicht.  
ich hatte [redacted] regelmäßig, wie schon gesagt, Wärmflaschen gemacht und Tee gekocht. Vor einiger Zeit hatte [redacted] noch zu meinem Mann gesagt, er solle wieder die Dolormin besorgen, da die letzte Packung leer sei.

Ehefrau und bereits Mutter von Kindern sind, können Täterinnen sein, was im ersten Moment irritierend auf den eingesetzten Polizeibeamten wirken kann. Dieser Umstand ist auch bei erfahrenen Rettungskräften festzustellen, die im Erstkontakt mit einer betreffenden Frau oftmals nicht in Betracht ziehen, dass diese womöglich kurz zuvor ein Kind geboren haben kann, wie der Berliner Fall Ende 2015 verdeutlichte. Eine Herausforderung nach dem Ermitteln einer Tatverdächtigen ist zudem, ob die betreffende Frau die Schwangerschaft nicht bemerkt, diese verdrängt oder verheimlicht hat. Hier sind Ermittlungen hilfreich, innerhalb welcher die subjektive Sichtweise der Kindsmutter nachvollzogen werden kann, zum Beispiel an Hand von Internetprotokollen von PCs und Mobiltelefonen, WhatsApp-Nachrichten (auch Sprachnachrichten, welche wörtlich transkribiert werden sollten), SMS oder E-Mails sowie Tagebüchern. Die darin enthaltene Beschreibung oder Argumentation der Kindsmutter im Hinblick auf körperliche Veränderungen oder Unwohlsein können wertvolle Erkenntnisse liefern. Insbesondere für eine Analyse sind diese dienlich, da es sich um direktes Fallmaterial der betreffenden Person handelt, bei dem das Wörtlichkeitsprinzip angewendet werden kann und somit latente Sinngehalte offenbart werden können. Diese sind meist hilfreicher als die Aussage, ob bei einer Beschuldigtenvernehmung oder in einem Gutachten, der Frau, was mit der spezifischen Situation erklärt werden kann: Hat zum Beispiel eine Frau die Schwangerschaft erfolgreich verdrängt, wird diese auch in ihrer Aussage weiterhin versuchen, diesen Umstand aufrecht-

Diese Personen sind folglich geneigt, bei einer solchen Tat für sich zu argumentieren, dass als einzige Möglichkeit ein Nicht-Bemerken der Schwangerschaft der ihnen nahestehenden Frau (Partnerin, Tochter, Freundin, Mitbewohnerin, Schwester, et cetera) in Betracht kommt. Unterstützt wird dies mit dem Umstand, dass auch sie die Schwangerschaft und Geburt nicht bemerkt haben, obwohl bekannt ist, dass die Taten in hoher Prozentzahl im privaten Umfeld verübt worden sind. Oftmals halten sich sogar noch weitere Personen während dessen dort auf, was einen weiteren – für Außenstehende – schwer nachvollziehbaren aber für die Ermittlungen relevanten Aspekt darstellt. Deshalb sind neben dem Obduktionsergebnis (Feststellung des Gelebthabens des Babys) die Ergebnisse der Tatortarbeit von großer Bedeutung. Die Analyse der dortigen Handlung der Frau (zum Beispiel am Tatort und/oder Fundort) kann ebenfalls erkenntnisreiche Hinweise liefern.

In Ergänzung zu weiteren in der Forschung aufgeführten Aspekten muss letztlich noch angeführt werden, dass die psychische Belastung, die entsteht, wenn ein Neugeborenes Opfer eines Tötungsdeliktes wird, oftmals gravierender im Vergleich zu anders gelagerten Fällen dieses Deliktsbereiches sein kann. Insbesondere Polizeibeamten, die bereits eigene Kinder haben oder einen Kinderwunsch hegen, fällt es vermehrt schwer, die notwendige berufliche Distanz in solchen Fällen zu wahren, sodass die Konfrontation oder sogar die Bearbeitung eines Neonatizides selbst für berufserfahrene Polizeibeamte ein krisenhaftes Ereignis darstellen kann.



# Aus dem Leben gerissen...

Von Julian Möller

**Es sind Geschichten wie diese, die einen plötzlich immer wieder packen und auch nach Wochen und Monaten manchmal nicht schlafen lassen:**

**E**in Nachtdienst an einem Donnerstag im vergangenen Jahr, es ist Herbst. In Bremen ist es ruhig. Niemand ist mehr auf der Straße – für die Polizei Zeit, Luft zu holen. Ich hatte meine Berichte fertig, kaum noch etwas zu erledigen. Gegen halb zwei der Zuruf eines Kollegen. Ein Bürger sei gerade an der Wache erschienen, um seine Tochter als vermisst zu melden, ich solle mich mal eben um die Sache kümmern. Mal eben...

Ein Standardverfahren: Seit wann vermisst? Wo zuletzt gesehen? Mögliche Aufenthaltsorte? Haben Sie ein Foto für uns? Wir kümmern uns, auf Wiedersehen.

## Irgendwas musste dort passiert sein

Der Mann saß in dem kleinen Warteraum, in dem sich für gewöhnlich etliche Menschen aufhalten, um Anzeige zu erstatten. Ich rief ihn in eines der Büros, um mich dort mit ihm in Ruhe zu unterhalten. Nichts in diesem Raum wirkte einladend. Graue, kalte Wände, keine Pflanzen, nur ein kleiner blau leuchtender Bildschirm mit dem Polizeistern als Hintergrund auf dem sonst leeren Schreibtisch. Von Geborgenheit wenig zu spüren.

Er erzählte mir von seiner 25-jährigen Tochter, ich nenne sie hier Lena. Er berichtete von Lenas Kanada-Urlaub vor einem Jahr. Doch was sie von dort mitbrachte, waren keine schönen Erinnerungen und Fotos. Irgendwas musste dort passiert sein – nur so viel war klar: Seit ihrer Rückkehr war sie vollkommen verändert, hatte immer wieder Depressionen. Ein Psychiater sollte Abhilfe leisten, doch verändert hatte sich kaum etwas. Nach dem Klinikaufenthalt war nach kurzer Zeit alles so wie zuvor.

Am Morgen in ihrem Zimmer hatte er sich noch von ihr verabschiedet. Die beiden wohnten im gleichen Haus. Er war einer der wenigen Menschen, die ihr noch etwas bedeuteten. Neben ihrem Freund und den Halbgeschwis-

tern. Sie schlief noch, und er wollte sie nicht wecken. Kein richtiger Abschied, warum auch, wenn man nicht mit dem plötzlichen Verschwinden der eigenen Tochter rechnete. An diesem Punkt der Geschichte kamen ihm bereits die ersten Tränen. Zusammengesunken saß er auf dem Stuhl und weinte.

Gegen Mitternacht war er von der Arbeit gekommen, wollte zuhause nach ihr sehen, fand sie jedoch nicht vor. „Ich verspürte sofort ein plötzliches Stechen im Herzen“, schilderte er mir um Beherrschung ringend. Außerdem lagen dort auch noch Briefe auf dem Nachttisch. Jeder fein säuberlich adressiert an ihn selbst, an die Familie und ihren Freund. Er öffnete das an ihn adressierte Kuvert und las.

**W**ährend er noch darüber sprach, drückte er mir zwei Seiten Papier eines Briefes in die Hand. Mir stockte der Atem. Ich hatte zwar schon Abschiedsbriefe gelesen, hauptsächlich aber von Menschen, die sich das Leben genommen hatten, weil sie Stimmen gehört oder Feinde in anderen Menschen gesehen hatten. Meist vollkommen zusammenhangslose und wirre Sätze. Das gehörte nun mal zu meinem Beruf dazu, und bis jetzt hatte mir das auch noch nie Schwierigkeiten bereitet. Doch dieser Brief unterschied sich von den anderen:

Sie komme mit ihrem Leben nicht mehr klar, schrieb sie da, und wisse nicht mehr, wer sie selbst sei. „ Hoffnungslosigkeit“, „ Nervenzusammenbrüche“, „ Sackgasse“, „ Bitte vergib' mir, mein Papa“. Nur ein paar Wörter von so vielen, die mir noch im Gedächtnis haften. Sätze, die mir so glaubwürdig und ernsthaft erschienen, dass mir unwillkürlich in den Kopf schoss: Das



**Julian Möller, Polizeikommissar: Nach dem Abitur 2009 begann er im Oktober 2009 seine Ausbildung bei der Polizei Bremen. Nach dem Bachelorabschluss 2012 wurde er als Polizeikommissar – für das in Bremen obligatorische Jahr bei der Bereitschaftspolizei in Bremen-Mitte – eingesetzt. Nach seinem viermonatigen Einsatz in einer Ermittlungsgruppe zur Einbruchsbekämpfung im Bremer Osten befindet er sich seit März 2014 im Einsatzdienst in Bremen-Mitte.**  
Foto: privat

ist ein Abschied, es ist bereits zu spät. Wir haben zu lange gewartet, womöglich auch ich?

Ich saß einem Mann gegenüber, dem nun erklärt werden musste, dass seine Tochter wahrscheinlich schon



## DIENST

tot ist. Was sagt man in solch einer Situation?

Ich suchte Worte, zum ersten Mal in meinem beruflichen Leben. „Wenn ich das hier lese...“, begann ich. Ich sah aus dem Augenwinkel, dass er leise nickte, aber vermied Blickkontakt. Normalerweise sieht man den Menschen immer direkt in die Augen. Noch so eine Angewohnheit, die einen schnell als Polizisten entlarvt, wenn man zivil unterwegs ist und eigentlich nicht erkannt werden will.

Ich sagte ihm, dass wir, die Polizei, zwar alles tun würden, was in unserer Macht stehe, aber, dass es wahrscheinlich schon zu spät sein würde. Worte, die ihn schmerzhaft treffen mussten – wenn selbst jemand von der Polizei, immer objektiv und Außenstehender, keine Hoffnung mehr sieht. So wie wohl Lena auch.

### Checkliste: bürokratisch, emotionslos

Ich arbeitete meine Checkliste ab. Fragte die letzten Aufenthaltsorte ab, erkundigte mich nach Freunden und Verwandten, bei denen sie hätte sein können. Fragte nach Telefonnummern, um das Handy orten zu können. Ich nahm die Beschreibung des Mädchens auf, die Bekleidung, die sie trug, als er sie das letzte Mal gesehen hatte .... Eine Standardfrage, die mir so herausrutschte, ohne zu bedenken, dass das Mädchen ja noch im Bett gelegen hatte, als er zur Arbeit ging. Ich ärgerte mich über mich selbst.

Das Foto, das er mir auf Nachfrage in die Hand legte, berührte mich. Ein junges hübsches Mädchen mit dunklen Haaren und Piercing an der Nase lächelte mich an. Fröhlich nach außen, zerrissen nach innen? Ich dachte unwillkürlich an meine etwa gleichaltrige Freundin. Und: Wie würde es mir an Stelle ihres Freundes gehen, läse ich ihre Zeilen. Zunächst war sie für mich nur ein Name mit einem Geburtsdatum, jetzt fast eine Bekannte. Sie war plötzlich in mein Leben getreten, ich machte mir Sorgen um sie und wollte ihr helfen.

Ich leitete die Fahndung nach dem Mädchen ein. Etwa eine halbe Stunde später vernahm ich die Stimme aus dem Funkgerät, bürokratisch, emotionslos: „Hier ist Roland, ich komme mit Personenfahndung... In suizidaler Absicht abgängig aus dem Elternhaus ist die 25-jährige Lena...“

Es kam mir kühl und distanziert vor, wie der Funksprecher es gesagt hatte. Wie eben jede beliebige Fahndung nach einer Verkehrsunfallflucht oder vermissten alten Damen und Herren aus den Altenheimen. Emotionen gehören da nicht hin.

### Sie schob mich zur Beifahrerseite

Das erste Mal musste ich jedoch nach jemandem suchen lassen, der unmissverständlich seinen unmittelbar bevorstehenden Selbstmord angekündigt hatte. Oft waren dies in anderen Fällen Hilferufe, manchmal Ausdruck einer psychischen Erkrankung, aber weniger eindeutig. Die Maßnahmen und Berichterstattung – reine, irgendwie abgestumpfte Formsache. Das Begreifen der Ernsthaftigkeit erschrak mich vielleicht gerade deshalb.

Ich wollte mehr tun, wollte diesem Mann und auch seiner Tochter mehr helfen. Bis jetzt hatte ich nur zugehört, aber wir waren noch kein Stück weitergekommen. Eine letzte Sache blieb noch: Die Kontrolle der Wohnung, in der sie mit ihrem Vater gemeinsam lebte. Wahrscheinlich aussichtslos, aber fehlte später in meinem Bericht die Formulierung „Die Überprüfung der Wohnanschrift verlief negativ“, hätte dies berechtigte Fragen nach sich gezogen.

Ich gab dem Vater Zeit, nach Hause zu fahren, wir würden dann nachkommen, um uns bei ihm Zuhause umzusehen.

Es war schon fast Feierabend, egal. Etwa eine Stunde später blickten meine Kollegin und ich in die traurigen Augen des Mannes. Während der Fahrt dorthin dachte ich über die Abschiedsbriefe an die Familie und Freunde nach. Eventuell wären ja dort Hinweise auf ihren Aufenthaltsort. Verständlich, dass der Vater die Briefe nicht an einen Fremden geben wollte. Er bewertete dies zurecht als tiefen Einschnitt in die Privatsphäre seiner Tochter und die der Empfänger ihrer Zeilen, willigte aber ein.

Während ich einen nach dem anderen las, trübte sich meine Laune immer mehr ein. Wie schön er ihr immer Lieder auf der Gitarre vorgespielt hatte, schrieb sie ihrem Freund, besonders eines erwähnte sie, das auch ich kannte. Das letzte Lied, betonte Lena, das sie hören werde, bevor sie

**COP® SPECIALS**  
Januar / Februar 2017  
\*\*Gültig vom 20.12.2016 bis 28.02.2017

**MIT SHOPS IN BERLIN  
FRANKFURT · LEIPZIG  
MÜNCHEN · WIEN**

**1 Handschuh**  
**COP® SGKN TS**  
Art.-Nr. 320SGXNTS-Größe  
Größen: XXS - 3XL  
Farbe: schwarz  
Außenmaterial: 55% Ziegenleder,  
25% Elasthan, 20% Polyamid  
Innenmaterial: 100% Polyäthylen  
Der ARMOR-TEX® Innenhandschuh  
schützt die Hand rundum vor Schnitt-  
verletzungen.

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 49,90**  
statt 69,99\*\*\*

EN 388  
Abriebfestigkeit: Kategorie 3  
Schnittfestigkeit: Kategorie 5  
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4  
Durchstichfestigkeit: Kategorie 4

3 5 4 4

**2 Polizeiausrüstungstasche**  
**COP® 904**  
Art.-Nr. 904 BAG-2  
Farbe: schwarz  
Material: 100% Polyester

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 59,90**  
statt 79,99\*\*\*

**3 Polizeiausrüstungstasche**  
**COP® 904 POLIZEI**  
Art.-Nr. 904 BAG-2P2  
COP® 904 inkl. 1 Stk. Nicht-Reflex  
Folie POLIZEI, klein (91B135035POL).

★ kann nur von Behörden / Einrichtungen /  
Personen mit entsprechender Legitimierung  
erworben werden!

**4 Under Armour®**  
**Tactical Einsatzstiefel**  
**„Stellar“**  
Art.-Nr. UA12689515-Größe  
Farbe: schwarz  
Größen: 8 - 14  
(EU 41 - 48,5)  
Gewicht: 1 Schuh Größe 43: 540 g  
Schafthöhe Gr. 43: 20 cm  
Sportlicher, extrem bequemer und  
ultra-leichter Einsatzstiefel von  
Under Armour®.

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 89,90**  
statt 109,99\*

**5 Under Armour®**  
**Boxershorts**  
**ColdGear® 6“**  
ohne Eingriff  
Art.-Nr. UA12489715-Größe  
Farbe: schwarz; Größen: S - 2XL  
Material: 87% Polyester,  
13% Elasthan  
Eng anliegende Boxershorts ohne  
Eingriff · Beinlänge 6“ = 15 cm

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 29,90**  
statt 39,99\*

**6 Under Armour®**  
**Herren Kapuzenpullover**  
**„Tonal BFL“ ColdGear®**  
Art.-Nr. UA12796425-Größe (schwarz)  
Art.-Nr. UA12796420-Größe (oliv)  
Art.-Nr. UA1279642N-Größe (navy)  
Farben: schwarz, oliv, navy  
Größen: S - 3XL  
Material: 100% Polyester

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 59,90**  
statt 69,99\*

**7 Under Armour®**  
**Tactical Herren T-Shirt**  
**„Tech Tee“ ColdGear®**  
**Infrared**  
Art.-Nr. UA12804175-Größe  
Material: 87% Polyester,  
13% Elasthan  
Farben: schwarz  
Größen: S - 3XL  
Infrarot Technologie speichert  
die Körperwärme.

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 45,90**  
statt 55,99\*

\* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\* ehemaliger Verkäuferpreis  
\*\* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2016 bis 28. Februar 2017

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany  
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

**www.cop-shop.de**



*Es fiel mir schwer, mit einer solch belastenden Einsatzsituation umzugehen. Nachdem ich im Urlaub das Buch „Die erste Leiche vergisst man nicht – Polizisten erzählen“ gelesen hatte, entschied ich mich, auch den erlebten Sachverhalt in einer solchen Form niederzuschreiben. Und allein das Aufschreiben und das Vergegenwärtigen meiner Emotionen in dieser Situation waren für mich schon eine Form des Verarbeitens. „Nichts in diesem Raum wirkte einladend.“*

Foto: Julian Möller

sich das Leben nimmt. Und für mich ab da verbunden mit dem tiefen Schmerz einer jungen Frau, die in ihrem Leben keine Perspektiven mehr sah.

Ich verabschiedete mich von dem Vater und bat ihn schweren Herzens, er solle sich bei der Polizei melden, sobald er oder jemand anderer Kontakt zu seiner Tochter gehabt hatte. Auch die Polizei würde sich selbstverständlich bei ihm melden. Mir war klar, dass später ein Kollege, vielleicht sogar ich, an seiner Haustür klingelt und mit gesenkter Stimme sagen würde: „Dürfen wir kurz reinkommen?“ Und er würde sofort verstehen.

Der Abschied war knapp, und ich war froh darüber. Ich wollte nur noch nach Hause. Am Streifenwagen schob mich meine Kollegin wortlos zur Beifahrerseite. Eine Geste, für die ich in diesem Moment mehr als dankbar war. Ich bekam so einen kurzen Moment geschenkt, in dem ich nicht reden musste, sondern einfach nur in Gedanken versunken dasitzen konnte. Ich atmete tief durch.

Vermutlich sah man mir meine Gedanken und Gefühle an, als wir die

Wache betreten. Übliche Sprüche, wohl eher schwarzer Humor, blieben glücklicherweise aus. In unserem Beruf verhindert man damit normalerweise, dass man das Erlebte mit nach Hause nimmt und daran schwer trägt. Doch selbst ein solcher therapeutischer Flachs war hier nicht angebracht, und zum Glück hatten das alle verstanden. Am Ende dieses Nachtdienstes blieb vor allem Leere.

### Lasten teilen

Die meisten Polizisten ergreifen den Beruf, um zu helfen und für die Menschen da zu sein. Ein Freund in Uniform. Meistens jedenfalls.

Alles, was in meiner Macht stand, hatte ich in die Wege geleitet. Ich hätte für den Vater gerne so viel mehr getan, wäre gerne so viel länger für ihn da gewesen. Doch zumindest konnte ich für kurze Zeit ihm in den vermutlich schwersten Stunden seines Lebens beistehen, ihm zuhören, eine Hilfe sein. Womöglich für ihn eine Erleichterung, seine Geschichte mit mir und somit seine Last zu teilen, empfand ich

es jedoch als qualvolles Gefühl, seinen Leiden beizuwohnen, auch als jemand, für den Situationen wie diese Teil des Berufes sind. Ein mir in meinem Beruf bislang unbekanntes Gefühl. Natürlich stößt man als Polizist schnell an die Grenzen des Machbaren, das weiß ich. Mein nächtlicher Bericht: Sachlich, ein Vorgang. Faktische Begründungen für eingeleitete Maßnahmen. Sieben Seiten, mit denen sich nunmehr die Kriminalpolizei weiter beschäftigte. Damit war die Arbeit für mich getan, normalerweise...

Der Heimweg von der Dienststelle führt mich meist durch einen Park. An diesem frühen Morgen nicht. Vorstellungen von erhängten Menschen an Bäumen oder tote Körper auf dem Rasen geisterten durch meinen Kopf. Ich nahm einen Umweg in Kauf. Einer ungewollten Begegnung mit dem jungen Mädchen wollte ich entgehen.

Zuhause war ich froh, meiner Freundin davon erzählen zu können. Trotz der frühen Uhrzeit auf einmal hellwach, hörte sie mir geduldig zu. Danke dafür, mit jemandem über das Erlebte reden zu dürfen.

Trotzdem schlief ich, von wirren Gedanken heimgesucht, nur sehr unruhig. Das Mädchen ging mir nicht aus dem Kopf. Bisher war nach Geschehnissen im Dienst am nächsten Tag meistens wieder alles in Ordnung, diesmal nicht.

Am darauffolgenden Tag, um die Mittagszeit, schossen mir plötzlich Tränen in die Augen. Die Geschichte wirkte offenbar unterbewusst nach, erklärte ich mir diese unerwartete Reaktion.

Das erste Mal versuchte mich etwas, was ich beruflich gesehen und gehört hatte, über mehrere Tage zu greifen. Und ich war, anders als sonst – niedergeschlagen, einfach nicht gut drauf.

Gespräche im privaten Raum halfen mir weiter. Mit den erlebten Emotionen umzugehen, fiel mir so deutlich leichter, als ich vermutete. Deshalb verzichtete ich, denke ich, auch auf Hilfe von polizeilicher Seite.

### Lenas Funkspruch

Der Dienst lief weiter, wieder im Spätdienst. Arbeiten lenkt von anderen Gedanken ab, auch wenn ich hin und wieder die Berichtslage auf neue



Hinweise durchforstete. Man würde mir bestimmt auch nach Feierabend neuerlangte Informationen geben, hoffte ich.

Meine Vermisstenanzeige ging ihren Gang. Ein Sachbearbeiter der Kriminalpolizei bekam die Akte auf den Tisch. Keine neuen Anhaltspunkte, Ermittlungen wie bei einem „normalen“ Vermisstenfall. Die Faktenlage dominiert zwangsläufig mögliche Emotionen. Vermisstenfälle und Suizidandrohungen voneinander trennen sowie nach Wichtigkeit zu unterteilen – schwierig. Es blieb das Warten, das Warten auf das Schlimmste? Die Fahndung wurde schon einen Tag später eingestellt. Ohne Erfolg.

**E**ine Woche später ... Spätdienst Tagesgeschäft. Im Hintergrund lief leise der Lautsprecher des Funkgerätes. Ich hörte kaum zu und tippte meine Berichte in zahllose Formulare. Plötzlich musste ich aufhören. Es wurde ein Einsatz vergeben – Fund einer Leiche. Der Betreiber eines Hostels

in der Innenstadt hatte eine erhängte Frau in einem der Zimmer entdeckt.

**K**urze Zeit später hörte ich, wie die Streifenwagenbesatzung den Ärztlichen Beweissicherungsdienst zum Einsatzort bestellte. Den Arzt, der die Leichenschau im Auftrag der Polizei durchführt, um festzustellen, ob es sich um eine natürliche oder unnatürliche Todesursache handelt. Ich fragte über das Funkgerät an der Wache nach, ob die Personalien der Verstorbenen bereits bekannt sind. Als die Kollegen die Daten durchgaben, durchzuckte es mich wie ein Stromschlag, auch wenn mir die Antwort zuvor bereits klar war. Dennoch war ich geschockt. In den letzten Tagen hatte ich kaum noch über das Mädchen nachgedacht. Jetzt, nach der brutalen Erkenntnis, lief ich im Wachraum ziellos hin und her und überlegte. Am liebsten wäre ich sofort zum Einsatzort gefahren, um bei den Maßnahmen zu unterstützen. Im Nachhinein bin ich

froh darüber, dass kein Fahrzeug frei war. Ich bin mir sicher, dass ich es nicht so leicht verkraftet hätte, das junge Mädchen dort hängen zu sehen.

### Ein Seil aus dem Baumarkt

Später erfuhr ich, dass Lena 48 Stunden nach ihrem Verschwinden wieder aufgetaucht war. Also offensichtlich zwei Tage, nachdem der Vater bei mir war. Sie gab an, sich helfen lassen zu wollen, begab sich freiwillig in psychiatrische Behandlung. Die Suche nach ihr hatte für den Vater nun ein Ende. Ein Aufatmen bei ihm zweifelsohne. Vielleicht hatte er versucht, mich zu erreichen, mir die Botschaft mitzuteilen, vielleicht auch nicht. Ich wäre an seiner Stelle wahrscheinlich auch viel zu abgelenkt und erleichtert, die über allesgeliebte Tochter wieder in die Arme zu schließen; das kann ich ihm wirklich nicht vorwerfen. Lena hatte die Klinik jedoch nach drei Tagen wie-

Anzeige



**IWA**  
**OUTDOOR CLASSICS 2017**  
High performance in target sports, nature activities, protecting people  
3.-6.3.2017  
Nürnberg, Germany  
[www.iwa.info](http://www.iwa.info)

**ENFORCE TAC**  
International Exhibition & Conference  
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions  
[enforcetac.com](http://enforcetac.com)

1.-2.3.2017  
NÜRNBERG GERMANY  
49° 25' 2" N, 11° 6' 54" O

NÜRNBERG MESSE

Personen unter 18 Jahren sowie Privatpersonen haben keinen Zutritt. Legitimation erforderlich.





der verlassen. Womöglich dachte Sie, sich noch einmal gefangen zu haben.

Einen Tag später kaufte sie sich in einem Baumarkt ein Seil. Ein nicht zu durchkreuzender tödlicher Plan, schon gar nicht von dem Lena unbekanntem Polizisten, mit dem ihr Vater zuerst gesprochen hatte.

Zwei weitere Abschiedsbriefe an ihren Vater und ihren Freund hatte sie bereits geschrieben. Auch einen kleinen Zettel mit dem Namen ihres Vaters – ihrem nächsten Angehörigen – um es den ersteintreffenden Polizeikräften so einfach wie möglich zu machen. Lange konnte es nicht gedauert haben, sie hatte die Schlinge direkt an der Halsschlagader angesetzt. Alles, was mir berichtet wurde, zeugte von einer eiskalten Präzision.

Die Gedanken an den Vater fraßen mich auf. Kaum zu ertragen die Vorstellung, wie sehr er um seine Tochter gebangt haben musste, sie dann wieder sah und seine Freude nun doch wie eine Seifenblase zerplatzte.

### Nicht in das Loch gestürzt

Ich bot dem Kollegen der Kriminalpolizei an, die Todesnachricht an den Vater zu übermitteln. Helfen, ihm ein letztes Mal helfen. Ich war trotzdem froh, als die Kollegen abwinkten. Ich weiß nicht, ob ich es übers Herz gebracht hätte, ihm in die Augen zu sehen mit dem Gedanken im Hinterkopf: „Ich hab's dir doch gesagt“.

Die Maßnahmen in dem Hostel liefen an, ab hier tatsächlich eine Standardprozedur: Ärztlicher Beweissicherungsdienst, Kriminaldauerdienst, Bestattungsunternehmen, Berichterstattung. Dabei konnte ich nicht helfen. Das war nun Kripo-Sache.

Ein tiefer Luftzug, ich wusste zumindest, dass nun alles getan war. Ja klar, der Vater wird es jetzt sehr schwer haben. Ich wusste, dass er mir nicht schreiben, geschweige denn anrufen würde. Ich hingegen war froh, dass ich mich meinem Umfeld anvertrauen konnte. Ich stürzte in kein Loch, wie es so manchem Kollegen vor mir passiert war. Für mich war damit alles beendet. Auch für Lena, die ich nie kennengelernt hatte und doch so gut kannte.

*Alle personenbezogenen Daten und Örtlichkeiten wurden aus Respekt und zum Schutz der Angehörigen geändert.*

## Personal bei Bereitschaftspolizei um mindestens zehn Prozent aufstocken

**Zu einer Nachbetrachtung der Einsatzlage im zu Ende gegangenen Jahr sowie einen Blick auf kommende Herausforderungen der Geschlossenen Einheiten der Polizei trafen sich der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Wolfgang Lohmann, der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sowie der für die Bereitschaftspolizei (BePo) im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständige Clemens Murr Mitte Dezember in der Berliner Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP).**

Thematisiert wurde zunächst der polizeilich sehr erfolgreich gestaltete Einsatz beim OSZE-Ministerrattreffen in Hamburg Anfang Dezember. Die gute Zusammenarbeit der Bereitschaftspolizeien aus dem gesamten Bundesgebiet habe maßgeblich dazu beigetragen, so die Einschätzung aus Sicht der drei Gesprächspartner, die sich zuvor auf der GdP-Fachtagung zum Thema Bereitschaftspolizei im November in Kassel (siehe DP-Ausgabe 12/16) bereits intensiv ausgetauscht hatten.

Viel Zeit zum Durchschnaufen bleibe in 2017 erneut nicht, betonten Lohmann, Malchow und Murr. So seien bereits zahlreiche polizeiliche Großlagen auf der Einsatzagenda eingetragen wie die Sicherheitskonferenz (SIKO) Mitte Februar in München, der erneut in Hamburg stattfindende G20-Gipfel im Juli, die UN-Klimakonferenz in Bonn im November sowie das Geschehen rund um die Bundestagswahl im September und den davor laufenden Wahlkampf.

Lohmann, Malchow und Murr appellierten an die Entscheider in den Ländern, den Personalbestand der Bereitschaftspolizeien dringend um mindestens zehn Prozent aufzustocken. Nur so könne gewährleistet werden, dass auch künftig alle den Geschlossenen Einheiten aufgetragenen Aufgaben auf Landes- aber gerade auch auf Bundesebene, professionell und sicher erledigt werden könnten. Man bleibe in Sachen BePo in Kontakt, versicherten sich die Gesprächsteilnehmer. **mzo**

## Kölner Silvestereinsatz: Rassismus-Vorwürfe scharf zurückgewiesen

**Der Polizeieinsatz rund um die Silvesterfeierlichkeiten in der Kölner Innenstadt fand nach den Vorkommnissen des Vorjahres unter den Augen der Weltöffentlichkeit statt. Die massive Polizeipräsenz war nach den Einschätzungen der Kölner Polizei, aber auch zahlreicher Beobachter gerechtfertigt.**

Mehrere hundert Menschen mit nordafrikanischem oder arabischem Migrationshintergrund, hatten sich auf den Weg in die Domstadt gemacht. Beobachtungen und Erkenntnissen der Einsatzkräfte zufolge waren darunter alkoholisierte, sich aggressiv verhaltende Personen, die von der Polizei kontrolliert wurden. Dabei kam es zu Festnahmen und zahlreichen Platzverweisen. Massenhafte sexuelle Übergriffe und Diebstähle wie noch beim vorigen Jahreswechsel verhinderte die Polizei erfolgreich.

Neben vielen anerkennenden Kommentaren aus Politik und Presse wurden am Neujahrstag auch kritische Stimmen laut, die der Polizei ein sogenanntes Racial Profiling und strukturellen Rassismus vorwarfen. Entzündet hatte sich diese Kritik auch an der Verwendung des im internen Sprachgebrauch der Polizei verwendeten Arbeitsbegriffs „Nafri“ (nordafrikanischer Intensivtäter). Diese Abkürzung wurde in der Silvesternacht in einer behördlichen Twittermeldung benutzt, für dessen öffentliche Verwendung Kölns Polizeipräsident, Jürgen Matthies, sein Bedauern ausdrückte.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wies gegenüber den Medien Rassismus-Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz scharf zurück. Die Polizei habe nach den Erfahrungen der Kölner Silvester-Vorfälle entsprechend reagiert und ein funktionierendes Präventionskonzept durchgesetzt, betonte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek. Wer der Polizei latenten oder strukturellen Rassismus unterstelle, offenbare entweder gravierende Wissenslücken über die Arbeitsweise der deutschen Polizei oder versuche, das aus Sicht der GdP verhältnismäßige Vorgehen der Einsatzkräfte parteipolitisch zu instrumentalisieren.

Für das Vorgehen der Beamten gebe es eindeutige Regelungen, sagte der







GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow in einem Interview mit dem Radiosender NDR info. Und an diese hätten diese sich auch zu halten. Die Polizei dürfe nicht willkürlich vorgehen. Die Polizeigesetze formulierten eindeutig, unter welchen Voraussetzungen man in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen dürfe. Diese könne man natürlich auch juristisch prüfen und schlug künftigen Kritikern vor, das dann vielleicht zu tun, bevor man der Polizei Rassismus oder fehlerhaftes Verhalten vorwerfe.

In einem Facebook-Kommentar hatte der Hamburger GdP-Landesvorsitzende, Gerhard Kirsch, eine der schärfsten Kritikerinnen des Kölner Einsatzes, die Grünen-Chefin Simone Peter, persönlich angesprochen. Neben der Schilderung einer durchaus ähnlichen Einsatzlage in der Hansestadt fragte Kirsch die Politikerin wörtlich: „Warum ist es Ihnen eigentlich auch vor dem Hintergrund des Berliner Terroranschlags nicht möglich zu sagen, dass meine Kolleginnen und Kollegen einfach einen brisanten Einsatz exzellent gemeistert haben? Stattdessen kommen Sie mit dem ‚Aussehen‘ der Menschen daher. Kommen Sie bitte zurück in die Realität – denn die wird uns noch sehr viel abverlangen.“

Der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende und Bundesvize Arnold Plickert bezeichnete das Überprüfen der Identitäten von rund 600 Personen nordafrikanischer oder arabischer Herkunft als „notwendige polizeiliche Maßnahme, um einen ruhigen Verlauf der Silvesternacht sicherzustellen“. Rassismus-Vorwürfe in Richtung Polizei wies auch er zurück. Wer dieses Vorgehen kritisiere, zeige nur, nichts aus den massiven Übergriffen während der Silvesternacht 2015/2016 gelernt zu haben. **mzo**

## „Gewalt gegen Vollzugsbeamte“

**Vor über 15 Jahren stellte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fest, dass sich die Spirale der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte immer schneller zu drehen begann. Die Fälle häuften sich, in denen sie im Dienst angegriffen oder beleidigt wurden – und das nicht nur, wenn sie bei dienstlichen Handlungen massiven Widerstand erfuhren, sondern auch, wenn sie sich lediglich auf einem Dienstgang oder einer Streifenfahrt befanden. Im Dezember legte Bundesjustizminister Heiko Maas nun endlich einen Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuchs vor, der die Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften zum Ziel hat.**

Denn mittlerweile werden auch Rettungssanitäter, Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, Busfahrer, Krankenhauspersonal und sogar Straßenarbeiter, also Personen, denen man gemeinhin nicht unbedingt ein unfriedliches Auftreten unterstellen kann, von der Welle der Respektlosigkeit und Gewalt erfasst. Tätliche Angriffe auf sie, mit dem ihnen innewohnenden erhöhten Gefährdungspotenzial für das Opfer, sollen künftig stärker sanktioniert werden. Außerdem soll neben der Anwendung anderer, allgemeiner Strafvorschriften gewährleistet werden, dass der spezifische Unrechtsgehalt des

Angriffs auf einen Repräsentanten der staatlichen Gewalt im Strafausspruch deutlich wird. Zu diesem Zweck sollen die Strafvorschriften der Paragraphen 113 ff. des Strafgesetzbuchs (StGB) umgestaltet werden.

Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sagte zu dem Vorstoß: „Der Schutz von Vollstreckungsbeamtinnen und -beamten sowie von Rettungskräften ist ein wichtiges Anliegen. Kommt es während der Ausübung ihres Dienstes zu einem Angriff auf Vollstreckungsbeamtinnen und -beamten, werden sie nicht als Individualpersonen angegriffen, sondern als Repräsentanten der staatlichen Gewalt.“

In der März-Ausgabe wird sich DEUTSCHE POLIZEI ausführlich dem Thema widmen. **hol**

## GdP-Literaturdatenbank jetzt auch auf dem Smartphone

**Es tut sich was bei der GdP-Literaturdatenbank. Relaunch der GdP-Homepage und Softwareupdate führten zu deutlichen Verbesserungen im Internetauftritt. Die neue Portalseite ist noch übersichtlicher gestaltet und kommt auch optisch frischer und moderner daher.**

Umfangreiche Bedienerhilfen und erläuterte Texte gehören der Vergangenheit an. Stattdessen findet man auf der Startseite wöchentlich wechselnde Tipps und Tricks für die Suche. Im Bereich „Infos“

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe



**Habichtswald-Klinik**

Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde  
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

## Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit. Erfahrung unsere Stärke.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) oder gebührenfrei\* unter **0800 890 11 00**.

\* aus dem deutschen Festnetz





behandeln „FAQs“ (Frequently Asked Questions) häufig gestellte Fragen rund um die Nutzung der GdP-Literaturdatenbank und geben kurz und knackig Antworten. Ein Personenregister und ein Schlagwortregister ergänzen die komfortable Nutzung.

Der Bereich Suche wird ergänzt durch zwei Unterseiten. Eine Abfrage nach Neuerwerbungen sowie voreingestellte Suchabfragen zu Top-Themen, die in der aktuellen Diskussion stehen, lassen sich hier blitzschnell durchführen.

Seit langem gewünscht – jetzt zeitge-



Foto: Treuber

mäß umgesetzt: eine Nutzung der GdP-Literaturdatenbank auf mobilen Endgeräten. Egal ob Smartphone oder Tablet, Android oder iOS, mit dem mobilen Zugang kann jedes GdP-Mitglied die Literaturdatenbank jederzeit an jedem Ort nutzen.

Die GdP-Literaturdatenbank auf dem Smartphone ist und bleibt ein weiteres, starkes Argument bei der GdP-Mitgliederwerbung. Für unsere ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen ist sie außerdem ein verlässlicher Begleiter bei der täglichen Informationssuche.

Auch ihr wollt die Nase vorn haben bei der Literatursuche? Dann könnt ihr Euch einfach auf der GdP-Homepage einloggen und von dort die GdP-Literaturdatenbank aufrufen.

Ihr habt noch keine Zugangsdaten? Das vereinfachte Login-Verfahren auf der GdP-Homepage unter <https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/loginform> erleichtert die Anmeldung. Es lohnt sich!

Petra Kühl

Zum GdP-Mitglieder-Login



## Gewalt gegen Polizeibeamte: Strategien, Vermeidung, Eigenschutz – 7. Polizeitag in München

**Die jüngste Ausgabe der „Polizeitage“, die der „Behörden Spiegel“ zusammen mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) einmal jährlich in München ausrichtet, beschäftigt sich im November mit dem Phänomen der „zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte“.**

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann erinnerte zur Eröffnung an den in Georgensgünd getöteten Kollegen und an die Vielzahl der Gefahren im Polizeidienst. Umso wichtiger sei es, dass die Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst Opfer eines Angriffs werden, unter dem besonderen Schutz des Staates stehen. Deshalb sollte es einen eigenen Tatbestand im Strafgesetzbuch geben, der diese Angriffe unabhängig vom Widerstand gegen Vollstreckungshandlungen und herkömmlicher Körperverletzung unter Strafe stellt (siehe Seite 15).

Den sogenannten Reichsbürgern sagte der Minister den Kampf an: Wer die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehne, könne nicht erwarten, etwa einen Waffenschein zu besitzen. Und in den eigenen Reihen der Polizei dulde er diese Gesinnung ebenso wenig.

Herrmann nannte ein ganzes Maßnahmenpaket zum besseren Schutz der Beamten. Neben einer guten und modernen Schutzausrüstung müsse die Aus- und Fortbildung in diesem Bereich stetig fortgeschrieben werden. So sei beispielsweise das Training von „lebensbedrohlichen Einsatzlagen“ wie bei Situationen in Paris 2015 oder beim Amoklauf in München Bestandteil der aktuellen Ausbildung. Darüber hinaus müsse der Dienstherr seine Fürsorgepflicht bei verletzten Kollegen wahrnehmen, was der Freistaat mit der Übernahme nicht einholbarer Schmerzensgeldtitel im Wert von über 500 Euro macht.

Die Schutzausstattung für die Polizeibeamten wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert, erst kürzlich wurde das Pilotprojekt zur Einführung von Bodycams gestartet, von dem man sich ebenfalls stark abschreckende Wirkung auf potenzielle Gewalttäter erhofft.

### Uniformträger immer öfter Zielscheibe

GdP-Landesvorsitzender Peter Schall erinnerte an die GdP-Aktion „AUCH MENSCH“, in der die Problematik steigender Gewalt und sinkenden Respekts gegenüber Polizeibeamten plakativ dargestellt wird. Er schilderte, wie die Uniform als Symbol des Staates immer mehr zur Zielscheibe werde und tägliche Gewaltvorfälle die betroffenen Kollegen in ihrem Dienst verunsichern. Außerdem zeugten auch die hohen Fallzahlen im GdP-Rechtsschutz vom starken Anstieg der Gewalt gegen Polizeibeamte. Er forderte die Justiz deshalb auf, schneller und härter durchzugreifen, um potenzielle Gewalttäter, die es leider zuhauf gebe, stärker abzuschrecken.

Schall unterstrich die GdP-Forderung nach einem eigenen Paragraphen 115 im Strafgesetzbuch (StGB), der Angriffe auf Polizeibeamte und Rettungskräfte unter Strafe stellt. Neben einer aktiven und beständigen Öffentlichkeitsarbeit in diesem Punkt stellte Schall auch eine moderne Schutzausstattung in den Mittelpunkt seiner Forderungen. Dazu gehöre in Zeiten der Terrorbedrohung vor allen Dingen die Beschaffung einer zeitgemäßen Dienstwaffe, die die GdP schon seit Langem eindringlich fordere.

In einer Reihe von Vorträgen wurden als typische Tatverdächtige vorbestrafte männliche 20- und 50-Jährige unter Alkohol- oder Drogeneinfluss oder mit psychischen Störungen ausgemacht, die vor allem in den Nachtstunden des Wochenendes „zuschlagen“. Michael Laumer vom Bayerischen Landeskriminalamt (LKA) stellte seine Studie zur „Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern“ vor, in der er die zuvor genannten Punkte als Hauptkriterien



# forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps  
Neues aus der Wissenschaft  
Gewalt an Schulen  
Jugenddelinquenz  
Erziehung und Pädagogik  
Kommunale Prävention  
Einbruchsprävention  
Sicherheitstechnik  
Prävention in Europa  
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –  
**forum kriminalprävention** für nur

**19,-€**  
jährlich,  
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser

informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de) (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname  Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer  PLZ, Ort

Telefon/Telefax  E-Mail

Datum, Ort  1. Unterschrift

**Vertrauensgarantie:** Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort  2. Unterschrift



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a · 40721 Hilden

Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188

[www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abonnement-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

von Gewaltbereitschaft festmacht. Vor allem der starke Alkoholkonsum zur Nachtzeit lasse hier die Hemmungen spürbar sinken. Zugleich unterstrich er aber, dass von nüchternen und unbescholtenen Bürgern nur selten Aggressionen gegen Polizeibeamte ausgingen.

Zuvor hatte schon Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer vor den neuen Gefahren des internationalen Terrorismus gewarnt. Unsere Kollegen müssten meist als Erstkräfte an die Tatorte und ständen oftmals haushoch überlegenen Tätern gegenüber, die ihre Waffen problemlos im Darknet besorgen könnten. Ebenso nannte Schmidbauer die 21.631 Einsätze in Asylbewerberunterkünften im Jahr 2015 als enormen Risikofaktor. Dennoch sehe er die bayerische Polizei mit ihren immens hohen Aufwänden zum Schutz der Polizeibeamten gut gerüstet gegen diese Gefahren.

Dr. Hans Peter Schmalzl vom Zentralpsychologischen Dienst (ZPD) ging in seinem Vortrag auf die große Bedeutung von Einsatzkompetenz zur Deeskalation ein. Den Polizisten stünden

**Der bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, und der Landesvorsitzende der GdP Bayern, Peter Schall (r.), im Gespräch zu Beginn des „Polizeitags“ in München**



schaft hatten bei der Tagung die Gelegenheit, den Kolleginnen und Kollegen ihre Beiträge zur Bewältigung dieses Themas vorzustellen. So wurden zum Beispiel das Distanz-Elektroimpulsgerät und die Bodycam der Firma Taser, der ballistische Kopfschutz für Streifen- und Bereitschaftspolizisten der Firma Ulbrichts Protection und ein mobiler

zuvor besprochenen Lösungsansätze diskutiert. Einig war man sich auch hier, dass die Justiz trotz aller Belastung schneller handeln müsse, um dem sinkenden Respekt in manchen Teilen der Gesellschaft entgegenzuwirken. Ob man nun den Strafraumen anhebt oder nur die vorhandenen Gesetze besser ausschöpft, darin unterschieden sich schon wieder die Meinungen. Des Weiteren wurde eine bessere Alkoholprävention als Vorschlag zur Problemlösung gebracht, wofür zum Beispiel die Sperrstunde wieder verlängert werden müsste.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Mitglied des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, unterbreitete den Vorschlag, nach der Schulausbildung wieder ein verpflichtendes soziales Jahr einzuführen. In seinen Augen sei die Identifikation mit dem Staat nach Abschaffung des Wehr- beziehungsweise Ersatzdienstes deutlich gesunken.

zu Beginn von schwierigen Einsatzlagen stets Möglichkeiten offen, diese durch bestimmte Handlungsmuster zu entschärfen. Mit Eigenschaften wie Aufmerksamkeit, positivem Erscheinungsbild, Selbstsicherheit sowie der Fähigkeit zur Aufgaben- und Teamorientierung können Polizeibeamte sich selbst und anderen in brenzligen Lagen das Leben retten, so Schmalzl.

### Facettenreiche Vorträge

Mehrere Sponsoren aus der Wirt-

**Zahlreiche Gäste fanden den Weg zu der vom „Behörden Spiegel“ und der GdP organisierten, hochkarätig bestzten Veranstaltung.**  
Fotos (2): Markus Wimmer

Koffer mit digitaler Erkennungsdienstlösung der Firma Secunet vorgestellt.

Zuletzt lud der Chefredakteur des „Behörden Spiegels“, R. Uwe Proll, die innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen und Landesvorsitzender Schall zu einer Podiumsdiskussion ein. Hier wurden noch einmal die

Alle Mitglieder des Landtages nutzten zudem die Gelegenheit, der Polizei und ihren Beschäftigten für ihren außerordentlichen Einsatz zu danken. Schall betonte zuletzt noch die Bedeutung der Bürgernähe der Beamten als wesentlichen Aspekt. Diese dürfe nicht gänzlich verloren gehen. In Hinblick auf eine immer mehr steigende Aufrüstung zum Schutz der Kollegenschaft müsse immer deutlich bleiben, dass „wir eine zivile Polizei sind und bleiben wollen“.

MWi



# Günter Schröder – Zeitzeuge eines turbulenten Gewerkschaftskapitels

**60 Jahre ist Günter Schröder Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und hat ein ebenso bedeutendes wie turbulentes Kapitel seiner Organisation mitgeschrieben. Vom Vertrauensmann in der Hundertschaft über Funktionen in Kreisgruppe und Bezirksverband kam der Bielefelder in den Landesbezirksvorstand Nordrhein-Westfalen, dessen Vorsitz er von 1975 bis 1987 innehatte. Dort gehörte er auch dem Hauptpersonalrat an. 1975/76 und wieder ab 1979 war er stellvertretender GdP-Vorsitzender. 1981 wurde er zum Bundesvorsitzenden gewählt. Dieses Amt übte er bis November 1986 aus.**



**Erinnerungen an ein bewegendes Stück Gewerkschaftsgeschichte: GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, die Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Bielefeld, Susanne Klose und Arnold Plickert (r.), Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender, gratulieren dem ehemaligen GdP-Bundesvorsitzenden Günter Schröder zu seinem Jubiläum 60 Jahre GdP-Mitgliedschaft.**

**Foto: Holecek**

Schröder trat 1955 in Münster in die Polizei ein. Nach der Ausbildung machte er Dienst auf der Funkstreife und als Polizeiposten, ehe er 1962 zur Kriminalpolizei wechselte. Nach der Ausbildung zum gehobenen Dienst war der Kriminalhauptkommissar unter anderem Leiter einer Mord- und Bankraubkommission. 1956 trat er in die GdP ein. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

In seine Amtszeit fielen bewegende Ereignisse: der Falklandkrieg, Helmut Kohl wird Bundeskanzler, Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, die Grünen ziehen in den Bundestag ein, Michail Gorbatschow wird Generalsekretär der einstigen Kommunistischen Partei der Sowjetunion

(KPdSU) und in Tschernobyl kollabiert ein Atomreaktor. Die GdP-Forderung nach einem Zusatzurlaub bis zu vier Tagen für Schichtdienstleistende wird durchgesetzt. Angesichts von Demonstrationen, die von gewalttätigen Ausschreitungen begleitet werden, verstärkt die GdP ihre Grundsatzzposition für die Sicherheit im öffentlichen Raum: Gesellschaftliche Probleme dürfen nicht mit den Mitteln der Polizei gelöst werden.

50.000 Menschen, darunter rund 6.000 GdP-Mitglieder, demonstrieren in Bonn gegen die Rotstiftpolitik der öffentlichen Arbeitgeber. Die GdP wehrt sich erfolgreich gegen eine Nullrunde im öffentlichen Dienst sowie gegen Pläne, die Beamtenbesoldung per Bundes-

gesetz im Voraus zu regeln. Es gelingt ihr auch, gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine dreistufige Anhebung der Einkommen für die Tarifbeschäftigten durchsetzen. Die GdP erreicht die Erhöhung des Urlaubsgeldes und die Anhebung der Obergrenze für die Anteile der Beförderungssämter der Besoldungsgruppen A8 und A9.

## Mediales Beben

Als der Sozialdemokrat Schröder auf dem Gewerkschaftskongress 1986 in Mannheim nicht mehr kandidierte und die Delegierten den Christdemokraten Hermann Lutz zu seinem Nachfolger wählten, ging ein mediales

Beben durch das Land. So kommentierte der Gewerkschaftsexperte Franz Kusch seinerzeit im Westdeutschen Rundfunk (WDR): „Mit der Wahl von Hermann Lutz wurde zum ersten Mal in der 46-jährigen Geschichte der Einheitsgewerkschaft ein CDU-Mitglied Gewerkschaftsvorsitzender.“ Er fügte hinzu: „Damit kein Missverständnis entsteht: Lutz wurde nicht deshalb vorgeschlagen, weil er der stärksten Regierungspartei angehört, sondern, weil er für den Vorsitz die notwendige Qualität nachweisen kann.“ Und, wie es sich für die GdP gehört, wusste von den beiden großen Parteien am Ende keine, wer sich über diese Entscheidung am meisten freuen sollte.

**Rüdiger Holecek**



# Wie kann Überwachung die Zahl der Verkehrstoten und Verletzten verringern?

Von Peter Schlanstein

**Im internationalen Vergleich sind in Deutschland die Bemühungen um eine generalpräventive Verkehrsunfallbekämpfung, vor allem in Bezug auf eine unangemessen hohe Geschwindigkeit, insgesamt relativ gering ausgeprägt. Dies birgt ersichtlich potenzielle Gefahren, insbesondere für die schwächsten Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger und Radfahrer. Kontrollen erhöhen die Verkehrssicherheit. Doch welche und wie viele polizeiliche Aktivitäten braucht der sichere Straßenverkehr? Hierzu führten Ende 2016 die EU-Vertretung in Berlin, der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) und der Europäische Verkehrssicherheitsrat (ETSC) einen hochrangig besetzten Informationsaustausch durch. Schwerpunkte waren die Verkehrssicherheitslage Deutschlands im europäischen Kontext und die Rolle der Verkehrsüberwachung. Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Forschung waren eingeladen sowie alle an dem Thema Verkehrssicherheit interessierten Institutionen. DP-Autor Peter Schlanstein nahm für die GdP an der Podiumsdiskussion teil.**

Die einen halten sie für ein notwendiges Übel, die anderen für ein ständiges Ärgernis: Verkehrskontrollen sind häufig Auslöser kontroverser Diskussionen. Fast schon reflexartig fallen bei Gesprächen rund um die Überwachung Begriffe wie Abzo-

Themen. Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, der DVR und der Europäische Verkehrssicherheitsrat luden deshalb zu einem Austausch über die Straßenverkehrssicherheit ein. ETSC-Präsident Herman de Croo betonte bei der Begrüßung der



Section Control: Tempomessungen auf unfallträchtigen Streckenabschnitten einführen.

Foto: DVR

cke, Gängelung und Schikane. Die Experten sind sich allerdings einig, dass flächendeckende Kontrollen im Straßenverkehr sowie das konsequente Ahnden von Delikten die Sicherheit auf den Straßen deutlich erhöhen.

Dennoch sind Art und Umsetzung der Maßnahmen viel diskutierte

rund 70 Gäste den besonderen Wert der Überwachung, um die Zahlen der Verletzten und Getöteten im Straßenverkehr zu reduzieren.

Gezielte Verkehrsüberwachung sei unabdingbar, um schwere Unfälle zu verhindern und damit die Menschen vor schwerem Leid zu bewahren.

## Unfallsituation in Deutschland und Europa

Gute Gründe für eine gesonderte und einheitliche Datenaufnahme der schwerverletzten Unfallopfer führte Klaus Machata vom österreichischen Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) an. „Wir haben bei den Schwerverletzten innerhalb der EU eine schwierige Datenlage, da sich die Definitionen in den EU-Staaten zum Teil deutlich unterscheiden“, machte der Experte auf das Hauptproblem aufmerksam. Um die Anzahl der schwerverletzten Verkehrsunfallopfer zu verringern, benötige es eine abgestimmte Strategie aller Mitgliedsländer.

Die angestrebten Reduktionsziele ließen sich nur erreichen, wenn Überwachung auf der Prioritätenliste wieder nach oben rücke, meinte Dovile Adminaite vom ETSC. Dies bekräftigte auch Ruth Purdie vom europäischen Polizeinetzwerk TISPOL (European Traffic Police Network). Gezielte Überwachung sei notwendig, um die vier „Killer“ besser zu bekämpfen; damit sind nicht angepasste Geschwindigkeit, Alkohol sowie Drogen, Nichtangurten und Ablenkung gemeint. Zudem sollte die Überwachung möglichst flächendeckend und für den Einzelnen nicht kalkulierbar gestaltet sein. Sonderaktionen im Bereich der Verkehrsüberwachung wie der EU-weite Aktionstag ohne Verkehrstote „EDWARD“ (European Day Without A Road Death), zu dem am 21. September 2016 TISPOL aufgerufen hatte, sollten kontinuierlich fortgesetzt und weiterentwickelt werden. „Das A und O zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ist die Verhaltensänderung der Verkehrsteilnehmer. In diesem Zusammenhang spielt Überwachung eine zentrale Rolle“, sagte Purdie.

Im Rahmen der EU-Richtlinie zur grenzüberschreitenden Verkehrskontrolle stellte Detlef Marek vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) das System EUCARIS (European Car and Driving

>>>



Licence Information System) vor, das den direkten Online-Abwurf von Daten aus den zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregistern der beteiligten Staaten erlaubt. Der sichere EU-weite Austausch von Fahrzeug- und Fahrerlaubnisregisterdaten dient dem Ziel, grenzüberschreitende Kriminalität zu verfolgen, unter anderem jedoch auch

Auffassung des Statistischen Bundesamtes die insgesamt ungünstige Witterung im ersten Halbjahr beigetragen haben. Bei schlechtem Wetter sind weniger ungeschützte Verkehrsteilnehmer wie Motorradfahrer und Fußgänger unterwegs, so waren die hohen Zahlen in 2014 und 2015 getöteter Motorradfahrer zu großen Teilen in

bei den sehr verletzlichen Verkehrsteilnehmern (Fußgänger, Radfahrer und Motorradfahrer) hängt die Überlebenswahrscheinlichkeit bei Unfällen sehr stark von der Kollisionsgeschwindigkeit ab. Weshalb fahren trotzdem so viele Auto- und Motorradfahrer zu schnell? Wie lässt sich das Geschwindigkeitsverhalten auf unseren Straßen



Trauer an Unfallschwerpunkten

Foto: ACE

der raschen Ahndung von Verkehrsverstößen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

### Ungeschützte Verkehrsteilnehmer stark gefährdet

In Deutschland stiegen 2016 die Zahl der Unfälle mit Personenschaden im Straßenverkehr sowie die Anzahl der Verunglückten zum dritten Mal in Folge. Jedoch ging die Zahl der getöteten Personen erstmal nach zwei Jahren wieder zurück. Für das abgelaufene Jahr wird nach jüngster Berechnung des ADAC eine Reduzierung um rund 5,2 Prozent auf etwa 3.300 Getötete erwartet. Die Gesamtzahl der im Vorjahr polizeilich erfassten Unfälle dürfte indes um über zwei Prozent auf knapp 2,6 Millionen Unfälle steigen und damit den höchsten Wert seit 1991 erreichen.

Zum Rückgang der Zahl der Verkehrstoten 2016 dürfte nach

der motorradfreundlichen Witterung mit milden Frühjahrsmonaten und trockenen Sommer und Herbstmonaten begründet. Die Statistik gibt regelmäßig einen offenkundigen Zusammenhang wieder: Je günstiger die Witterungsbedingungen, desto mehr ungeschützte Fußgänger, Radfahrer und Motorradfahrer sind unterwegs. Sie verletzten sich bei Unfällen schwerer, denn sie besitzen keine Knautschzone. Überdies werden motorisierte Zweiräder aufgrund ihrer schmalen Silhouette leicht übersehen. Zudem unterschätzen andere Verkehrsteilnehmer schnell die Geschwindigkeit der Kraftradfahrer.

### Geschwindigkeit als Unfallursache

Nicht angepasste und überhöhte Geschwindigkeit sind nach wie vor die Hauptursachen tödlicher Straßenverkehrsunfälle in Europa. Je höher die gefahrene Geschwindigkeit, desto wahrscheinlicher ist ein Unfall und desto schwerer die Unfallfolge. Vor allem

beeinflussen? Was bringen Überwachung und Sanktionen?

Es existieren fast keine Daten in diesem Bereich. Das gilt insbesondere für die Überwachungspraxis der Kommunen und eine Wirksamkeitsüberprüfung zusammen mit der Polizei. Der Föderalismus mache

Anzeige

**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

**Telefon: (02207) 76 77**

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)





**CYBERCRIME!**  
MIT VORSICHT IM NETZ

[www.PolizeiDeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**P****LIZEI**  
**DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps  
hierzu auf dem [Präventionsportal](#)  
der Gewerkschaft der Polizei



eine einheitliche Datenerfassung so schwierig, erläuterte die SPD-Bundestagsabgeordnete Birgit Kömpel. Gesetzgebung und Justiz müssten enger zusammenarbeiten, postulierte Nicola Simon vom niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. In jedem Fall bedarf es geeigneter Maßnahmen, damit die vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeiten seltener überschritten und die gefährlichen Geschwindigkeiten überdies den konkreten Verhältnissen – seien es Wetter-, Straßen- oder Verkehrsverhältnisse – angepasst werden.

**D**ie Folgen des hohen Tempos sind dramatisch, wie die aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes belegen. Geschwindigkeit zählt in Deutschland bei allen schweren Unfällen zu den meistgenannten Ursachen. So gingen im Jahr 2015 über 47.000 Unfälle mit Personenschaden, 1.211 Getötete, das sind 35 Prozent aller Todesopfer im Straßenverkehr, und fast 64.000 Verletzte (16 Prozent aller Verletzten) auf zu schnelles Fahren zurück. Die überproportional hohen Anteile der Geschwindigkeitsopfer an den Verunglückten zeigen sich über viele Jahre bis heute weitgehend konstant. Das heißt, es sind noch immer zu viele motorisierte Verkehrsteilnehmer zu schnell unterwegs.

**S**tets überwiegt bei Unfällen mit Personenschaden anzahlmäßig deutlich die Ursache der „unangemessen“ hohen Geschwindigkeit dem erbrachten Nachweis einer nicht angepassten Geschwindigkeit mit gleichzeitigem „Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit“. Bei Unfällen mit Getöteten liegt der Anteil der unangemessenen Geschwindigkeit ohne Nachweis eines gleichzeitigen Verstoßes gegen ein numerisches Tempolimit derzeit bei knapp 80 Prozent, bei allen Unfällen mit Personenschaden bei 93 Prozent. Diese Werte erwecken aber nur scheinbar den Eindruck, das Überschreiten konkret bezifferter Tempolimits stelle bei der Unfallverursachung kein so großes Problem dar. Ersichtlich resultieren solche Quoten zum einen daraus, dass – anders als bei konkreten Überwachungsmaßnahmen durch Geschwindigkeitskontrollen – in der Unfallaufnahmepraxis bislang nur äußerst selten die im Kfz elektronisch abgespeicherten Fahrzeugdaten ausgewertet werden, und zum anderen weitere Beweismittel meist nicht zur

Verfügung stehen. Insgesamt muss also berücksichtigt werden, dass die Polizei an der Unfallstelle einen Geschwindigkeitsverstoß nicht immer zweifelsfrei feststellen kann. Deshalb wird die Bedeutung der Geschwindigkeit als Unfallursache in aller Regel unterschätzt.

Darüber hinaus mögen aber auch die gesetzlich geregelten Tempolimits, insbesondere in den Ortschaften (Regelgeschwindigkeit 50 km/h) und auf Landstraßen (Regelgeschwindigkeit 100 km/h), noch immer zu hoch angesetzt sein, um die mit Blick auf Vision Zero angestrebten Unfallreduktionspotenziale alsbald in Deutschland wenigstens annähernd realisieren zu können.

### Forderung nach Halterhaftung

In der von Gregor König moderierten Podiumsdiskussion sprach sich DP-Autor Schlanstein für mehr Personal bei der Polizei aus. Zudem war dem Polizeibeamten ein weiterer Punkt wichtig: „Die Halterhaftung auch im fließenden Verkehr muss in Deutschland, wie in vielen anderen europäischen Staaten, dringend eingeführt werden“, sagte er. Damit könnte sich die Polizei den sehr großen Aufwand sparen, zu ermitteln, wer bei einem Verstoß am Steuer gesessen hat. Darüber hinaus sei es wichtig, eine höhere Akzeptanz für Überwachungsmaßnahmen zu schaffen.

### Biomechanische Grundlagen berücksichtigen

Mit Modellberechnungen und Kenntnissen aus der Trauma-Biomechanik werden dem Autoren zufolge überdies die Folgen hoher Geschwindigkeiten bei Straßenverkehrsteilnehmern dokumentiert. Je nach Verkehrssituation existierten in Abhängigkeit von der gefährten Situation unterschiedliche Schädigungspotenziale. Dort, wo Kollisionen mit Fußgängern möglich sind, sei die gefährte Geschwindigkeit rechtlich anders zu bewerten als in Situationen, die ausschließlich Kraftfahrzeugen vorbehalten sind. Dies sollte mehr als bisher auch für die Sanktionierung von Verstößen gelten.

**D**enn wer zu Fuß geht, erleidet als Opfer eines Kfz-Verkehrsunfalls verhältnismäßig oft schweren Personenschaden. Besonders kritisch ist die

Situation bei der Häufigkeit tödlicher Folgen. Der Anteil getöteter Fußgänger an allen im Verkehr Verunglückten ist in Städten und Gemeinden, wo grundsätzlich 50 Kilometer pro Stunde als Tempolimit gilt, leider überproportional hoch. 2015 lag er laut Statistischem Bundesamt in Deutschland bei 34 Prozent, und dies bei einem durchschnittlichen Fußwegeanteil von 24 Prozent. Bei Radfahrern beträgt der Getötetenanteil innerorts 23 Prozent, obgleich der Radverkehrs am Modal Split nur rund 10 Prozent ausmacht, was für Radler eine mehr als doppelt so hohe Gefahr des Unfalldodes im Straßenverkehr gegenüber dem Durchschnitt aller Arten der Verkehrsteilnahme bedeutet.

**E**ine Berücksichtigung dieser Erkenntnisse im Rahmen einer Systematisierung und Typisierung von Verkehrssituationen und gefährten Geschwindigkeiten könnte eine rechtlich fundiertere Bewertung ermöglichen, die Eingang in die Temporegelung wie auch in die Überwachungs- und Verfolgungspraxis finden sollte. Ein Weg wesentlich schärferer, das heißt an den potenziellen Schadensfolgen orientierter Sanktionshöhen zeigt sich aus den gesetzlichen Regelungen in der Schweiz, die in jüngster Zeit einen enormen Fortschritt in der Verkehrssicherheit durch eine starke Abnahme der Getöteten- und Verletztenzahlen aufweist. Dieses Beispiel und sein nachprüfbar positiver Einfluss auf die Verkehrssicherheit sollte – angesichts schlechter Zahlen und trauriger menschlicher Schicksale – auch in Deutschland Politiker zum Nachdenken anregen. Deshalb müssten auch in Deutschland die Sanktionen bei unfallträchtigen Verkehrsverstößen angehoben werden. Deutschland ist nach den Worten des Autoren ein Billigland für Knöllchen.

Jens Schade, Verkehrspsychologe an der Technischen Universität Dresden, unterstützte diese Forderung und wies auf den Zusammenhang zwischen Überwachung und Verhaltensbeeinflussung hin: „Wir müssen an das Verhalten ran. Es gibt dafür keine wirksamere Maßnahme als Überwachung.“

Einig war sich die Expertenrunde, dass deutlich häufiger überwacht werden müsse, um die Zahl der Verkehrsunfälle zu senken. Die gesellschaftliche Kernaufgabe, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, habe insgesamt nichts an Aktualität und Bedeutung verloren.



# STRAFRECHT FÜR POLIZEIBEAMTE

Von **Holger Nimtz**.



## Band 1:

Grundlagen und Delikte gegen die Person

5. Auflage 2016

**Umfang:** 272 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0782-6

## Band 2:

Delikte gegen das Vermögen und gegen  
Gemeinschaftswerte

4. Auflage 2016

**Umfang:** 308 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0783-3



Die vorliegenden Bände erfüllen alle Anforderungen an ein Lehrbuch für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium in Diplom- und Bachelorstudiengängen:

- Prüfungsschemata und Erläuterungen
- Definitionen
- Beispielfälle
- Übersichten
- Vertiefungshinweisen für Selbststudium, Bachelor- und Thesisarbeiten
- Leitentscheidungen der Gerichte
- Hinweise zu Übungsfällen
- Lernhilfen

Die komplexe Rechtsmaterie ist nach polizeilichen Bedürfnissen aufbereitet, ohne prüfungs- und praxisrelevante Bereiche auszuklammern. Neben einer Themeneinführung beinhaltet der Band 1 Grundsätzliches zur Straftat und Delikte gegen Personen. Der Band 2 behandelt Delikte gegen das Vermögen sowie Delikte gegen Gemeinschaftswerte. Die übersichtliche, gut lesbare Darstellung ermöglicht eine schnelle Einarbeitung in den Lehrstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Somit ist das Werk ein idealer Begleiter für Ausbildung, Studium und Praxis.

## DER AUTOR

*Dr. Holger Nimtz, Leitender Regierungsdirektor. Leiter der Abteilung Köln der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHöV NRW). Dozent für Straf- und Strafprozessrecht sowie Eingriffsrecht an FHöV NRW.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

**Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)**

# Bei Großlagen mehrfach bewährt

**Der Digitalfunk für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Deutschland ist das weltweit größte Netz seiner Art. 99 Prozent der Fläche Deutschlands sind mit 4.512 Basisstationen funkversorgt. Der letzte Netzabschnitt ist bereits im Juni 2016 in den Wirkbetrieb übergegangen. Mit Stand November gibt es mehr als 690.000 registrierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon mehr als 270.000 Polizistinnen und Polizisten. Monatlich werden in Deutschland circa 40 Millionen Funksprüche abgesetzt.**

Die Umstellung von Analogfunk auf Digitalfunk obliegt den Ländern beziehungsweise dem Bund und den jeweiligen BOS. Dabei werden landes-/bundes- beziehungsweise BOS-spezifische Gegebenheiten berücksichtigt und eigenverantwortlich umgesetzt.

Jedes Land sowie der Bund verfügen über eine Projektgruppe beziehungsweise über eine Koordinierende Stelle Digitalfunk BOS. Diese arbeiten bei Planung, Aufbau und Betrieb des Digitalfunks eng mit der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) zusammen und sind unter anderem verantwortlich für die Bereitstellung, Ertüchtigung und Instandhaltung von Basisstationen und Übertragungstrecken.

Jedes Land sowie der Bund verfügen über eine Autorisierte Stelle (AS). Diese Stellen dienen den jeweiligen landes- beziehungsweise bundeszugehörigen Nutzern als zentraler Ansprechpartner in sämtlichen den Digitalfunk BOS betreffenden Angelegenheiten. Hierzu zählen unter anderem:

- **Nutzerservice/Anwenderbetreuung und -unterstützung (User Help Desk im 24-Stunden-Betrieb),**
- **Zuweisung/Koordinierung von Kommunikationsgruppen TMO (Netzmodus) und DMO (Direktmodus),**
- **Netzmonitoring,**
- **Koordination von temporären Netzerweiterungen sowie mobile Basisstationen,**
- **Nutzereigenes Management,**
- **Mitwirkung bei der Netzoptimierung,**
- **Endgerätebeschaffung,**
- **Zentrale Verantwortung für die Endgeräte und für die Personalisierung, -Ausgabe, Verwendung und Verwaltung von BOS-Sicherheitskarten so-**

**wie Nutzung des Digitalfunknetzes für technische Dienstleister.**

Mittels verschiedener Redundanzmechanismen werden die hohen Sicherheitsanforderungen der BOS an die spezielle Netzarchitektur erfüllt. Seit 2014 liegt die Verfügbarkeit des Digitalfunks BOS im Durchschnitt bei 99,95 Prozent.

In Großlagen konnte sich der Digitalfunk BOS mit mehreren tausend Geräten im Einsatz mehrfach bewähren:

- **Juni 2015 – G7-Gipfel, Schloss Elmau mit 30.587 Endgeräten, teilweise 7.500 in einer Zelle,**
- **Februar 2016 – Karneval NRW, 7.000 Endgeräte,**
- **April 2016 – Besuch des US-Präsidenten Obama in Hannover mit 8.300 Endgeräten,**
- **Dezember 2016 – OSZE-Treffen in Hamburg mit bis zu 15.000 Endgeräten.**

Um auch in Gebäuden, Tunnelsystemen und anderen Bauwerken die Kommunikation zwischen den Einsatzkräften oder zwischen den Einsatzkräften und der Leitstelle zu gewährleisten, müssen diese Gebäude mit einer Objektfunkanlage ausgestattet sein. Probleme bei der Objektversorgung sollen nun verstärkt angegangen werden. Bundesweit sind derzeit rund 1.100 Gebäude mit Objektfunkversorgungsanlagen ausgestattet. Die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) verzeichnet derzeit eine starke Steigerung der Anzahl objektversorgter Immobilien.

Die Betreiberverantwortung für Anlagen der Eisenbahninfrastruktur tragen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz die Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU, das heißt die DB Netz AG, DB Station&Service AG,

und DB Energie GmbH). Sie sind für die Gewährleistung des sicheren Betriebs ihrer Anlagen uneingeschränkt verantwortlich. Allerdings sind die 21 Großbahnhöfe der Deutschen Bahn (DB), die täglich im Durchschnitt von circa 4 Millionen Reisenden frequentiert werden, noch nicht digital mit Objektfunk versorgt. In einem Unglücks- oder Anschlagfall ist damit nicht sichergestellt, dass die BOS in den Bahnhofsgebäuden unterbrechungsfrei funken und damit einen Einsatz koordinieren können. Die EIU (siehe oben) schaffte es bis heute offensichtlich nicht, die Objektfunkversorgung in diesen 21 Großbahnhöfen zu realisieren.

## Unzulängliche Objektfunkversorgung

Das Problem der unzulänglichen Objektfunkversorgung mit Digitalfunk besteht wohl auch daher, weil eine bundesweit einheitliche Rechtsverpflichtung der Betreiber von Gebäuden dieser Art zur Objektfunkversorgung bislang nicht vorhanden ist. Leider gibt es aber auch Betreiber, die die Frage der Finanzierung einer Objektfunkversorgung vor die Lösung eines solchen Sicherheitsrisikos stellen. Ähnliche Sicherheitsrisiken sind allerdings unter anderem auch bei der Versorgung von Tunnelsystemen, zum Beispiel bei der DB und bei den ÖPNV-Betrieben, der Objektfunkversorgung in großen Einkaufszentren, Kliniken, Bürogebäuden, aber auch in Flughäfen feststellbar.

Speziell zur Objektversorgung entwickelte die BDBOS einen Leitfaden, der auf der Homepage [www.bdbos.bund.de](http://www.bdbos.bund.de) zum Download bereit steht. Ferner bietet die BDBOS für die Errichter von Objektversorgungsanlagen regelmäßige Workshops an.

Mancherorts können während des täglichen Dienstes beim Digitalfunk schwach versorgte Flächen festgestellt werden. Gemeinsam mit ihren Partnern bei Bund und Ländern arbeitet die BDBOS daran, festgestellte Schwachstellen mit Hilfe von Netzoptimierungsmaßnahmen zu beseitigen. Zudem muss der Digitalfunk stets an sich ändernde Umweltbedingungen (zum Beispiel städtebauliche Maßnahmen) angepasst werden. Das digitale Funknetz ist daher kein statisches, sondern ein sich stetig wandelndes System.

Alle Netzelemente des Digitalfunks sind abhängig von einer Stromversorgung. Nur mit einer verlässlichen Not-



stromabsicherung kann die Funktionsfähigkeit auch in Ausnahmesituationen gewährleistet bleiben. Der Betrieb des Kernnetzes im BOS-Digitalfunk ist im Falle eines länger andauernden Stromausfalles bereits für 72 Stunden gesichert.

Die BDBOS, Bund und Länder haben eine Härtung des Funk- und Zugangsnetzes beschlossen. Damit soll mindestens die Funkversorgung für Fahrzeugfunkgeräte auch im Fall eines lang andauernden Stromausfalls für mindestens 72 Stunden gewährleistet bleiben. Zurzeit arbeitet die BDBOS in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Ländern an der sogenannten Netzhärtung.

Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, sind zum Beispiel:

- **Ausstattung der Basisstationen mit ortsfesten Netzersatzanlagen oder Brennstoffzellen.**
- **Notstromversorgung ländereigener Übertragungsstrecken.**
- **Aufbau von ländereigenen, gehärteten Strecken im Zugangsnetz.**

Als neue Systemfunktion hinzugekommen ist ein „Lastbasierter Nebenorganisationskanal“. Das führt zu einer Vereinfachung der Teilnehmerzuweisung auf dem lastgeringsten Organisationskanal und zu einer besseren Effizienz in der Verteilung der Signalisierungslast. Die Freischaltung erfolgte für alle

autorisierten Stellen des Bundes und der Länder bereits am 19. Oktober 2016.

Als nächste Schritte sind die Sicherstellung des Betriebs durch ein Lebenszyklusmanagement von Produkten und Technologien, die Realisierung von neuen Anforderungen durch die Nutzer, die Weiterentwicklung von Werkzeugen für den Betrieb, die Sicherstellung der wachsenden Kapazitätsbedarfe sowie die Härtung und Modernisierung des Netzes vorgesehen.

### Vor der Welle sein

Man wolle den Anforderungen der Kunden an das Netz nicht hinterher laufen, sondern künftig „vor der Welle“ sein, so BDBOS-Präsident Andreas Gegenfurtner in seiner Begrüßung auf der PMRExpo, nach Aussagen des Veranstalters die europäische Leitmesse für Professionellen Mobilfunk und Leitstellen, im November in Köln. Er habe mit seiner Behörde ein „White Paper“ erarbeitet, dass nunmehr in weiteren Runden zu diskutieren sei. Auch werde die Frage gestellt, wie und was getan werden müsse, um vor der Anforderungswelle zu sein.

Gegenfurtner geht davon aus, dass Sprache und Daten zusammenwachsen und es diesbezüglich keine Unterscheidungen mehr geben

werde. Künftig werde wohl alles über IP-basierte (IP=Internet Protocol) Netze abgewickelt. Es stelle sich jedoch die Frage, wie man in die IP-Welt gelange.

Dabei ist sich der BDBOS-Chef sicher, dass die 5G-Welt (5G=Internetverbindung auf mobilen Geräten wie Laptops, Handys und Tablets) hier wertvolle Hilfe leisten kann und wird. Es würden damit Möglichkeiten eröffnet, die es heute noch nicht gebe, zum Beispiel Bild- und Datenübertragung.

„Bis 2020 wird der mobile Datenverkehr weltweit um das Achtfache wachsen. Mehr als ein Exabyte – das entspricht einer Milliarde Gigabyte – werden dann in digitaler Form pro Tag durch die Luft schwirren. Selbst das leistungsfähige LTE kann das nicht schaffen. Dazu braucht es schon 5G – die nächste Generation der Mobilfunktechnik. 5G soll 100-Mal mehr Nutzer pro Mobilfunkzelle mit besonders schnellem Internet versorgen, als es derzeit eingesetzte Netze können. Um größere Flächen abzudecken und stabilen Datenverkehr zu ermöglichen, werden die Mobilfunke massenhaft kleine Sender in den Häuserfassaden und Plakatwänden unterbringen, die Daten an die die Smartphones in der Nähe senden können (Journalist Thomas Jüngling in Webwelt & Technik auf N24).“

## Reise & Erholung



**Spezial Polizeiangebote:**  
Raft- & Canyontour €/Person 120,-  
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721  
office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at



**Franken bei Bamberg,**  
eigene Metzgerei, Waldreiche Gegend, Lift,  
75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €,  
Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41,  
www.zur-sonne-urlaub.de

### SPANIEN: Costa Dorada – Südl. Tarragona –

Preisgünstiger Urlaub im Ferienhaus  
bis 4 Pers./5 in kleiner gemütlicher deut-  
scher Ferienanlage mit großem SW-Pool,  
Grill, Gäste Bar mit TV. Hunde sind  
willkommen. E-Mail los-vagos@gmx.net,  
Infos: www.los-vagos.de  
Tel.: 0034 977 170529

**Bayerischer Wald,** komf. FeWo v. Kollegen  
ab 2 Pers., ab 35 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)

### Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos,  
50–90 m², für 2–6 Pers., ab 40 €/Tag,  
(Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unse-  
rem Schwarzwaldtal viele interessante  
Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark,  
Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger  
Wasserfälle) in nächster Umgebung  
und **Natur pur.** Hausprospekt unter  
Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66  
Machen Sie sich ein Bild unter  
[www.mittelschwarzwald.de](http://www.mittelschwarzwald.de)  
Sie werden begeistert sein!

Gegenfurtner will die BDBOS gemeinsam mit seinem Führungstab einer organisatorischen Betrachtung unterziehen und für die Zukunft prozesshaft aufstellen sowie mit den Planungen der BDBOS in der Zukunft operieren.

Als Service stellt sich Gegenfurtner vor, dem Kunden, noch bevor er nachfragt, ein Angebot vorlegen zu können, das den Kundenwünschen entspreche. Die wachsenden Kapazitätsanforderungen müssten mit der Modernisierung auch zur Verfügung gestellt werden. Letztendlich würden die die Qualität und die Stabilität des Netzes überzeugen und zu einem weiterem Bedarf nach Mitnutzung des Netzes führen.

### Quellen:

1. *Redebeitrag des Präsidenten der BDBOS auf der PMRExpo*
2. *Infomaterial und Homepage der BDBOS ([www.bdbos.bund.de](http://www.bdbos.bund.de))*
3. *Bundestagsdrucksache 18/9721 – Fragen zum Digitalfunk...*

Horst Müller



# Lasche Überwachung

Von Thomas Gesterkamp

**Viele Privatschulen in Deutschland schotten sich sozial ab – und missachten damit die Vorgaben des Grundgesetzes. Die Kontrollen der Bundesländer sind unzureichend.**

Die Freie Waldorfschule in Berlin-Kreuzberg ist eine angesehene pädagogische Einrichtung, aber auch eine teure Angelegenheit. Bis zu 730 Euro pro Kind müssen die Eltern je nach Verdienst monatlich zahlen. Der Mindestsatz beim Schulgeld beträgt immer noch 110 Euro – in einem Wohnumfeld, in dem mehr als 40 Prozent der unter 15-Jährigen staatliche Transfers erhalten.

Für Marcel Helbig und Michael Wrase vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) sind solche Beispiele eine „verfassungswidrige Praxis“. Das Erheben von Schulgebühren setzt ihrer Ansicht nach eine Einkommensstaffelung nach unten bis hin zur vollständigen Befreiung „zwingend voraus“; alles andere sei „soziale Ausgrenzung“. Die Forscher verweisen auf das sogenannte Sondereingangsverbot in Artikel 7, Absatz 4 des Grundgesetzes (GG): Danach dürfen Privatschulen nur genehmigt werden, „wenn eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“.

## Auswahlkriterien

Die zuständigen Behörden in den Bundesländern müssen nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben regelmäßig überprüfen, nach welchen Kriterien private Bildungsanbieter ihre Schüler auswählen. In ihrer aktuellen Studie für das WZB kommen Helbig und Wrase zu dem Ergebnis, dass solche Kontrollen kaum stattfinden. Nur vier Länder haben eine über den Artikel 7 hinausgehende Regelung gesetzlich verankert. Und nirgendwo werde die soziale Zusammensetzung der Besucher von Privatschulen systematisch mit der von öffentlichen Schulen verglichen.

Die lasche Überwachung, so die Autoren, verschärfe die ohnehin vorhandene soziale Segregation an deutschen Schulen. „Würde man das Grundgesetz ernst nehmen, müssten Einrichtungen wie Schloss Salem am

Bodensee oder das Bonner Aloisiuskolleg eigentlich sofort geschlossen werden“, überspitzt Bildungssoziologe Helbig. Doch solche Elite-Internate, die für Normalbürger unbezahlbare fünfstelligen Jahresgebühren verlangen, bilden für den Juristen Wrase nur „die Spitze des Eisbergs“. Für problematischer halten die Forscher, wie viele der knapp 6.000 Privatschulen in Deutschland sich sozial abschotten.

## Kein Limit nach oben

Die Studie wertete Gerichtsurteile, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften aus, zudem erfragten die Autoren Auskünfte bei den zuständigen Ministerien in sämtlichen Bundesländern. Aus der bisherigen Rechtsprechung leiten sie neun Grundsätze ab, die eine effektive Einhaltung des „Sondereingangsverbots“ gewährleisten müssten. Dazu gehören die Festlegung einer Höchstgrenze beim Schulgeld, die Befreiung von diesen Gebühren für Geringverdiener und die Überwachung der Aufnahmepraxis der Schulen.

Von den 16 Ländern erfüllen nur Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen die Mehrheit dieser Kriterien. Bremen und Thüringen dagegen beachten der Untersuchung zufolge „keine dieser Vorgaben“. Gerade für die Regierung in Erfurt, die mit Bodo Ramelow den einzigen linken Ministerpräsidenten stellt, ist das ein peinliches Ergebnis. In Thüringen existieren „keine weiteren Konkretisierungen zum Sondereingangsverbot“, ergab die WZB-Anfrage beim (ebenfalls von der Linkspartei geführten) Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Sommer 2016. Die Entscheidung, ob eine Privatschule die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, werde „größtenteils den Sachbearbeitern überlassen“.

Immerhin verpflichtet eine Gesetzesnovelle die thüringischen Anbieter seit dem vergangenen Jahr, die Höhe des zu zahlenden Schulgeldes

der Kontrollbehörde zu melden. Bei den Gebühren gibt es weiterhin kein Limit nach oben. „Wir empfehlen aber eine soziale Staffelung“, sagt Silke Fließ, Sprecherin des Bildungsministeriums. Die „Methoden zur Vermeidung einer Sonderung“ können angeblich „nicht vorgeschrieben werden“. Das „widerspricht der grundgesetzlich verbürgten Freiheit der Schulen, sich ihre Schüler auszusuchen“, heißt es in der offiziellen Antwort aus Erfurt.

Auch die in der Untersuchung konkret angegriffenen Träger weisen die Kritik der Wissenschaftler zurück. An der Kreuzberger Waldorfschule zum Beispiel existiert ein von den Eltern organisierter Unterstützernetzwerk, der die Gebühren für Kinder aus einkommensschwachen Familien teilweise ausgleiche, berichtet Geschäftsführerin Martina Plümacher.



Foto: Ulrich Baumgärtner/dpa

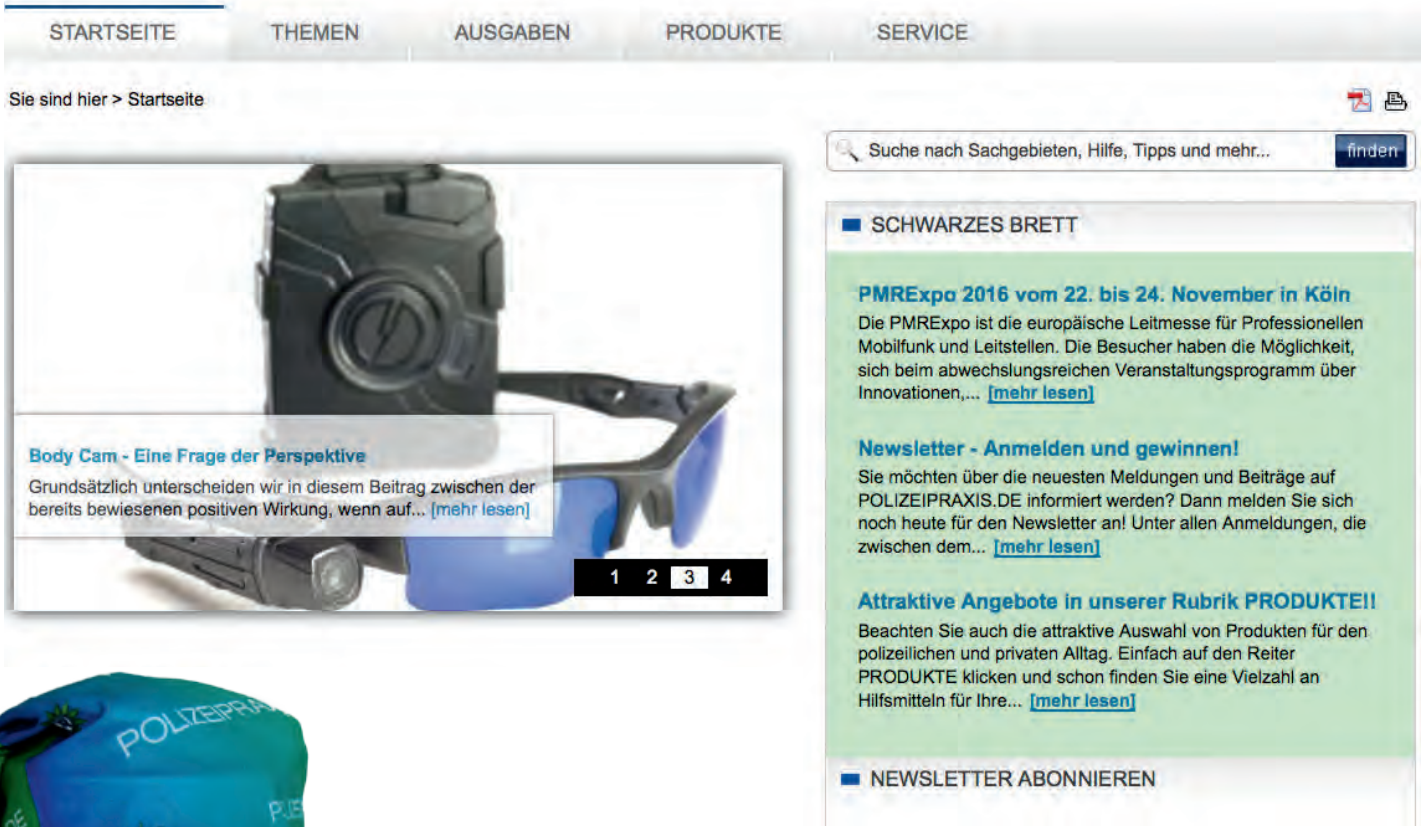
Ohne zusätzliche Schulgebühren, darauf verweisen die Dachverbände, kämen die Einrichtungen schlicht nicht über die Runden. „Freie Schulen werden durch die zu niedrigen Finanzhilfen erst in jene private Nische gedrängt, die man ihnen anschließend zum Vorwurf macht“, kommentiert Henning Kullak-Üblich, Vorstand im Bund der Freien Waldorfschulen.

## Keine soziale Durchmischung

Im Bundesdurchschnitt erhalten die insgesamt 238 anthroposophisch orientierten Bildungsanbieter knapp drei Viertel ihrer Betriebskosten aus öffentlichen Mitteln. Nach den letzten statistischen Erhebungen kostet ein Kind an einer staatlichen Schule etwa 7.000 Euro pro Jahr, die Zuschüsse für die Privaten liegen bei knapp 5.000 Euro. Kullak-Üblich spricht deshalb von ei-



# POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten\* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

Passend dazu:  
ab sofort auf unserer  
Homepage im Shop auch  
eine attraktive Auswahl  
von Schuhen – nicht nur für  
die Freizeit – von HAIX!

\*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

# WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.02. - 28.02.2017 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

ner „gesetzlich erzeugten Sonderung“. Man könne die fehlenden Mittel „nicht beliebig durch schulinterne Solidargemeinschaften kompensieren“. Privatschulen seien „kein Sparmodell für den Fiskus, sondern Teil einer lebendigen Zivilgesellschaft“, die Benachteiligung der freien Träger „ein Überbleibsel aus dem Obrigkeitsstaat“.

Dieser lobbyistischen Argumentation widersprechen nicht nur die WZB-Forscher. So hat der DGB Nord die zuständigen Ministerien aufgefordert,

„die Rechtmäßigkeit der Privatschulen zu überprüfen“. Er verweist auf ein abschreckendes Beispiel in Pinneberg bei Hamburg, wo ein privater Schulbetreiber trotz öffentlicher Förderung Gebühren von 570 Euro pro Monat erhebt. Die „soziale Durchmischung solcher Einrichtungen“ findet nach Ansicht der Gewerkschafter schlicht „nicht statt“.

Die neue rot-rot-grüne Koalition im Berliner Senat will künftig jene privaten Anbieter finanziell beststellen, die mehr lernmittelbefreite

Kinder aufnehmen. Studien-Koautor Wrase plädiert darüber hinaus für klare Höchstgrenzen beim Schulgeld und sogar für feste Quoten, um der Segregation entgegen zu wirken. Die Behörden müssten gezielt dafür sorgen, dass auch Kinder aus einkommensschwachen Familien Privatschulen besuchen könnten. Die vom Grundgesetz untersagte „Sonderung“ sei nur zu vermeiden, „wenn die Zulassung in der Praxis unabhängig vom Einkommen der Eltern erfolgt und dies auch effektiv kontrolliert wird“.

## TARIFRUNDE 2017

### ...oder kurzgefragt: „The same procedure as every year“?

**Ein Kommentar zur Stellungnahme des Verhandlungsführers der Arbeitgeberseite (TdL), Peter-Jürgen Schneider, zu den Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst**

**Im Vorfeld der begonnenen Verhandlungen der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder am 18. Januar sind die Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (GdP, ver.di, GEW, IG BAU und dbb tarifunion) seitens des Verhandlungsführers der Arbeitgeber der TdL, Schneider, der Finanzminister Niedersachsens ist, in einer Pressemitteilung von Mitte Dezember als „weit überzogen und nicht akzeptabel“ kommentiert worden.**

Ist es denn schon wieder soweit, mögen sicher da einige gedacht haben. Und, ja: Die Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder stehen aktuell auf der Tagesordnung. Wenn diese Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI in der gedruckten Version vorliegt, hat die „heiße Phase“ der Verhandlungen bereits Temperatur erreicht. Da die Situation im öffentlichen Dienst in den vergangenen eineinhalb Jahren stark durch die humanitäre Katastrophe der Flüchtlinge geprägt und der Blick der Öffentlichkeit und der Politik auf den öffentlichen Dienst geschärft wurde, ist auf jeden Fall für Spannung gesorgt.

Aufgrund der wachsenden Forderung der Öffentlichkeit nach einem „starken Staat“ und des daraus folgenden Politik-Bekenntnisses zu einem solchen, sind die Forderungen der Gewerkschaft für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der

Länder dieses Mal in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

#### An Polemik nicht zu überbieten

Die ersten Aussagen zu den mehr als berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen deuten jedoch darauf hin, dass es sich bei dem Bekenntnis zu einem starken Staat auf den ersten Blick doch nur um ein Lippenbekenntnis der Politik handelt. Es reduziert sich, so scheint es, doch auf 2017 als das Jahr der Wahlen mit dem Höhepunkt der Bundestagswahl im September.

Wie sonst könnte die Aussage des Verhandlungsführers der Arbeitgeberseite, „die Forderungen der Gewerkschaften seien insbesondere im Hinblick auf die zu beachtende Schuldenbremse weit überzogen und nicht akzeptabel“, als Antwort auf die Forderungen der Gewerkschaften von ihrer Berliner Auftaktpressekonferenz Mitte Dezember bewertet werden.

Allein dieser Ausspruch ist an Polemik kaum zu überbieten! Die Schuldenbremse ist – daran sei an dieser Stelle erinnert – nicht einfach vom Himmel gefallen! Grund für das Einrichten einer Schuldenbremse war und ist der ungehemmte Umgang mit Steuergeldern aller verantwortlichen politischen Akteure! So lange wie die politisch Handelnden nicht davon ablassen, sogenannte politische Forderungen in den jeweiligen Landeshaushalt einzubringen, mit der das eigene Klientel „beschenkt“ werden soll, mindestens so lange bleibt eine derartige Aussage in der Bewertung polemisch. Allerdings gibt das Bekenntnis der Politik in den letzten Tagen des Jahres 2016 zu einem „starken Staat“ etwas Hoffnung darauf, dass ein Umdenken nicht in Gänze ausgeschlossen sein könnte.

#### Verlass auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Die Arbeitgeberseite des öffentlichen Dienstes und insbesondere der Verhandlungsführer der TdL muss doch zur Kenntnis genommen haben, dass nur die uneingeschränkte und über ein normales Maß hinaus gehende Leistungsbereitschaft aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst (Bund und Länder) dabei geholfen hat, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der vergangenen zwei Jahre zu meistern. Die besondere Ausnahmesituation, hervorgerufen durch die humanitäre Katastrophe der Flüchtlinge, zeigte deutlich, wie sehr sich die Arbeitgeberseite des öffentlichen Dienstes auf ihre Beschäftigten verlassen kann. Aber wie ist die Forderung der Politik zum „starken Staat“



# VERKEHRSTRAFTATEN

Leitfaden für Ausbildung, Fortbildung und Praxis

Von **Bernd Brutscher**.

9. Auflage 2016

**Umfang:** 528 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 22,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0764-2

Das Legalitätsprinzip aus § 163 StPO verpflichtet die Polizei zur Verfolgung von Straftaten. Einen wesentlichen Anteil der Delikte nehmen in diesem Zusammenhang die Verkehrsstraftaten ein. In diesem Buch erläutert der Autor umfassend alle bedeutsamen Vergehen sowie deren Auswirkung auf Fahrerlaubnis und Führerschein des Täters. Der Leser findet somit alle wesentlichen Informationen zum Führen von Fahrzeugen, zum Thema Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, zum Fahrerlaubnisrecht, Fahrverbot und Fahrerlaubnisentzug sowie den einzelnen Verkehrsstraftaten aus Strafgesetzbuch, Straßenverkehrsgesetz, Kraftfahrzeugsteuer- und Pflichtversicherungsgesetz.

Dies sind insbesondere

- Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB),
- Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB),
- Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB),
- Vollrausch (§ 323a StGB),
- Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (§ 315b StGB),
- Nötigung (§ 240 StGB),
- Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG),
- Kennzeichenmissbrauch (§ 22 StVG),
- Missbrauch von Wegstreckenzählern und Geschwindigkeitsbegrenzern (§ 22b StVG).

Darüber hinaus sind die ordnungswidrigkeitsrechtlichen Tatbestände und die Rechtsfolgen der Alkohol- und Drogenfahrten nach § 24a StVG eingehend erklärt, ebenso die maßgeblichen Indikatoren der Rauschmittelbeeinflussung und alle Grenzwerte für Atem- und Blutalkoholkonzentrationen.



## DER AUTOR

*Bernd Brutscher, Polizeirat, Verkehrssicherheitsbeauftragter des saarländischen Ministeriums für Inneres und Sport.*



**Bernd Brutscher**



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

**Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)**



einzuordnen? Das Handeln aller Kolleginnen und Kollegen der Polizei vor Ort in den Dienststellen oder in der Freizeit in vielfältigen ehrenamtlichen Funktionen verdeutlichte doch nachweislich, dass dieser Staat stark ist – wenn die elementaren Organe des Staates personell und materiell so ausgestattet sind, dass diese ihre Arbeit für und Seite an Seite für die Bürgerinnen und Bürger ausüben können. Darüber hinaus hat dieser Staat gezeigt, dass er so stark ist, dass er sich auf das vielfältige ehrenamtliche Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger verlassen kann. Genau dieses sind die Gründe dafür, dass es dieses Jahr eben nicht „the same procedure as every year“ geben darf.

Die erarbeiteten Forderungen der GdP-Bundestarifkommission, die in die Gesamtforderungen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder eingeflossen waren, sind ohne Polemik und unabhängig von den sehr nachdenklich machenden aktuellen Entwicklungen durch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufgestellt worden. Die politisch Verantwortlichen sollten zu der Erkenntnis gelangen, dass es Sinn macht, diesen Staat in seinen Stärken zu manifestieren und in das größte Kapital – seine Beschäftigten – zu investieren. Dazu gehört vor allem eine angemessene Bezahlung. Sie dürfen in ihrer Bezahlung nicht weiter abgehängt und somit zur Spardose der Politik werden.

**E**s ist eben nicht angezeigt, diesen Staat schwach zu reden (oder darzustellen), denn das ist er ganz und gar nicht. Nur dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes ist es zu verdanken, dass die herausfordernde Flüchtlingsthematik unter höchsten Belastungen bewältigt wurde und wird. Aber vielleicht ist es auch nur der Versuch der Politik, von den eigenen Schwächen abzulenken. Dabei wäre es an der Zeit, sich als Arbeitgebervertreter mit den aktuellen Entwicklungen für die Arbeit im öffentlichen Dienst konstruktiv und gestaltend auseinanderzusetzen. Wie möchte denn die Arbeitgeberseite des öffentlichen Dienstes dem abzeichnenden Fachkräftemangel begegnen?

Seit Jahren weist die Gewerkschaftsseite auf dieses Problem hin. Der Handlungswille der politisch Verantwortlichen war in den vergangenen Tarifverhandlungen jedoch nicht erkennbar. Fehlender und weitsichtiger Verhandlungswille der Arbeitgeberseite für die Themenfelder einer sich

weiter entwickelnden Entgeltordnung für den Tarifvertrag der Länder (TV-L) sowie die fehlende Bereitschaft, den TV-L als Tarifvertragspartner zukunftsorientiert anpassen zu wollen, seien hier exemplarisch genannt.

Die Digitalisierung 4.0 und deren Auswirkungen auf die Arbeit, insbesondere im Hinblick auf den Arbeits- oder Datenschutz für unsere Kolleginnen und Kollegen? Das ist ein Thema der öD-Gewerkschaften und vor allem der GdP, aber auf Seiten der Arbeitgebervertreter – Fehlanzeige!

Entgelt und Besoldung? Sogar in diesem Themenbereich gibt es Vertreter der TdL-Arbeitgeberseite, die über Besoldungsdiktate vor den Tarifverhandlungen versuchen, das Ergebnis im Vorfeld zu zementieren und dadurch die Beschäftigungsgruppen zu spalten.

### Verhandlungen unterstützen

Die Bewertung dieser sicher nur oberflächlichen Aufzählung mögen alle für sich vornehmen. Das Verhalten der

Arbeitgebervertreter spricht im Moment leider doch dafür, dass sich die anstehende Tarifrunde zum „The same procedure as every year“ entwickeln wird. Daher fordern wir für Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Tarifverhandlung und Ergebnisse, die eine nachhaltige Wertschätzung eurer Arbeit für diesen Staat verdeutlichen. Wir setzen auf Euch und fordern dazu auf, uns in den kommenden Verhandlungen zu unterstützen.

Zu unseren Stärken als GdP gehört, dass wir uns zukunftsorientiert mit aktuellen und kommenden Themen auseinandersetzen und uns gerade nicht spalten lassen.

Wir spalten den öffentlichen Dienst nicht in Bund, Länder und Kommunen und erst recht nicht unsere Beschäftigungsbereiche der Beamtinnen und Beamte von denen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Genau deshalb ist es für uns, als eure Vertreter in den Tarifverhandlungen, eben nicht „The same procedure as every year“!

**Andreas Kauf**

## SEMINAR



# Basiswissen für Senioren

**Seit über 29 Jahren wirken in der Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ehemalige Polizeibeschäftigte aktiv an der Gewerkschaftsarbeit mit. Sie nehmen so Einfluss auf gewerkschaftspolitische Entscheidungen und können sich für die Belange und Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen stark machen. Um sich über Grundlagen der Seniorenarbeit, gewerkschaftliche Strukturen sowie neue Ideen und Ansätze in der Seniorenarbeit zu informieren und auszutauschen, trafen sich Ende November 16 aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der Seniorengruppe in Potsdam zum Seminar „Basiswissen für Seniorenvorstände und Multiplikatoren in der Seniorenarbeit“.**

**D**as Seminar wurde von Torssten Rohde aus der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle souverän geleitet – trotzdem er sich diesmal, anders als in seiner eigentlichen Funktion als Bundesjugendleiter, einem wesentlich älteren Teilnehmerkreis gegenüber sah. Auch wenn das Arbeiten im Stuhlkreis von einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor der Veranstaltung etwas skeptisch betrachtet wurde, so standen die anfänglich vermissten Tische einem erfolgreichen Seminarverlauf doch nicht im Wege. In mehreren Gruppen wurde mit hohem Sachverstand und Engagement an detaillierten Frage-

stellungen gearbeitet. Es dauerte gar nicht lang, bis – trotz diverser Dialekte – mit einer Stimme gesprochen und eine Reihe von Themen und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Seniorenarbeit zusammengetragen und visualisiert wurde.

Die aus fast dem gesamten Bundesgebiet angereisten Kolleginnen und Kollegen belegten im Seminar eindrucksvoll, dass eine GdP-Mitgliedschaft auch für die Zeit nach dem Berufsleben äußerst lohnend ist. Sie nutzten die Zeit aber auch, um intensiv über gewerkschaftspolitische Themen sowie aktuelle gesellschafts- und sozialpolitische Herausforderungen zu



diskutieren. Die Seniorenarbeit ist ein unverzichtbarer Teil der GdP. Damit aus dem Dienst ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen weiterhin die Vorteile und Besonderheit einer Mitgliedschaft bewusst gemacht werden können, ist eine frühzeitige Zusammenarbeit zwischen GdP-Aktiven vor Ort und den Senioren nicht zu unterschätzen. Sie ist quasi ein Basisbaustein für eine erfolgreiche Seniorenarbeit.

### Unterschiedliche Bedürfnisse unter einen Hut bringen

Über 30.000 Senioren in der GdP sind ein klares Zeichen: Die Gewerkschaft der Polizei macht sich für Ex-Polizeibeschäftigte stark und vertritt ihre Interessen. Dabei ist es durchaus keine leichte Aufgabe, die unterschiedlichen Bedürfnisse der „jüngeren“ und „älteren“ Senioren unter einen Hut zu bekommen. Darum nutzt die Seniorengruppe auch neue technische Möglichkeiten. Mit dem durch die GdP zur Verfügung gestellten Web2Print-Portal können inzwischen auf einfache Weise nicht nur Flug- und Infoblätter für die Seniorengruppe erstellt, sondern ebenso das Corporate Design und die Einzigartigkeit der Marke GdP gemeinsam nach außen getragen werden.

Ein besonderes Herausstellungs-



Sie sind bereit, auch mal neue Wege zu beschreiten – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars  
Foto: GdP

merkmal der Seniorengruppe ist das „Aktiv Programm für Senioren“ – kurz APS. Horst Müller von der GdP-Bundesgeschäftsstelle, dort unter anderem zuständig für die Senioren, zeigte anschaulich, dass das, was früher in dicken DIN A4-Ordner zusammengetragen wurde, inzwischen unter dem Titel APS-Web im internen Mitgliederbereich der GdP mit wenigen Klicks abrufbereit ist. Von der Vorbereitung auf den Ruhestand bis zur Vorsorge finden Mitglieder hier eine Vielzahl an Informationen, die nicht nur für Seniorinnen und Senioren von Interesse sein dürften.

Das gesamte Seminar war äußerst informativ und der Austausch untereinander über Landesgrenzen hinweg

erwies sich als sehr gewinnbringend. Um die Seniorenarbeit künftig weiter zu stärken, die eigene Arbeit und inhaltliche Ausrichtung auch einmal kritisch zu hinterfragen und dabei nicht zu sehr im eigenen Saft zu schmoren, sind derartige Veranstaltungen zum Austausch und zur Informationsgewinnung unerlässlich. Dabei dürfen, gerade was die Entwicklung innovativer Ideen betrifft, auch mal neue Wege beschritten und Anregungen zu Veränderungen gern mit etwas mehr Nachdruck unterbreitet werden. Ich bin zum Beispiel davon überzeugt, dass von einem Austausch mit der JUNGEN GRUPPE (GdP) Jung und Alt gleichermaßen profitieren.

Hermann Reissig

## Kapitalmarkt

Beamtendarlehen 10.000 €-120.000 €  
Vorteilszins für den öffentl. Dienst  
Umschuldung: Raten bis 50% senken  
Baufinanzierungen echt günstig  
**0800 - 1000 500** Free Call  
Wer vergleicht, kommt zu uns.  
Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit  
**2,77%** effektiver Jahreszins  
5.000 € bis 50.000 €  
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,-€, Gesamtkosten 21.137,19 €

[www.Autokredit.center](http://www.Autokredit.center)



Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Tel.: (0621) 178180-0  
Info@AK-Finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker  
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mit. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen  
Forwarddarlehen, Ratenkredite  
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:  
**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 145145

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332  
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



**KREDIT** bis € 80.000,-  
**PECUNIA GmbH seit 1980**  
einfach – schnell – seriös  
ohne Schufa bis € 10.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsicherung – bis zum 80. Lebensjahr  
Tel. **0201/22 1348**  
45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

[www.Polizeifeste.de](http://www.Polizeifeste.de)  
Alle Polizeifeste auf einen Blick

**JETZT INFORMIEREN!**  
Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
Das Präventionsportal



# Rios Polizei ruft SOS

## Willkommen in der Hölle

**Der brasilianische Staat Rio de Janeiro steckt nach den Olympischen Sommerspielen 2016 in der schlimmsten Finanzkrise seit Jahrzehnten und zahlt seit Monaten nur Häppchenweise die Gehälter seiner Sicherheitsbeamten. Es gibt kaum Geld für Unterhalt und Sprit für die Streifenwagen, und in den Polizeistationen fehlt es selbst an Druckerpapier und Tinte für den täglichen Dienst.**

Im Juli, einen Monat vor Beginn der 31. Ausgabe der Sportspiele, demonstrierten Polizisten täglich am Internationalen Flughafen Galeão von Rio de Janeiro. Sie entrollten Transparente mit der Aufschrift „Welcome to Hell/Willkommen in der Hölle“, um auf die unerträglichen Arbeitsbedingungen der Polizei in der Millionenmetropole aufmerksam zu machen.

Die Lage hat sich seitdem weiter verschlechtert. „Die Situation in den Polizeirevieren ist chaotisch“, beklagte Anfang November der Präsident der Gewerkschaft der Zivilpolizisten (SINPOL), Fernando Bandeira, vor laufender Kamera. Es fehle selbst das Geld für das Reinigungspersonal. Weil das Gehalt nur sporadisch und in Raten überwiesen werde, könnten viele Polizisten kaum noch ihre Mieten und notwendige Krankenversicherung bezahlen.

Gleichzeitig wurden im vergangenen Jahr im Staat Rio bereits 43 Prozent mehr Polizisten im Dienst getötet als 2015. Bis Ende November kamen 33 Polizisten während ihres Einsatzes ums Leben, so die Zahlen des Landesministers für Öffentliche Sicherheit, Robert Sá. Im Jahr zuvor waren es „nur“ 23. Hinzukommen 91 Polizisten, die außerhalb des Dienstes erschossen wurden – 27 mehr als in den 12 Monaten des Vorjahres.

„Die Polizei macht exzessiv Gebrauch von Gewalt und tötet viele Menschen. Und die Verbrecher rächen sich später, wenn die Polizisten außer Dienst sind, aber als Polizisten erkannt werden. Es ist äußerst gefährlich Polizist in Rio zu sein“, erläutert der Soziologe und Verbrechensexperte Ignacio Cano von der Landesuniversität von Rio de Janeiro.

Tatsächlich gehen Rios Sicherheitskräfte bei ihren Einsätzen nicht gerade zimperlich mit mutmaßlichen Straftätern und der Bevölkerung vor allem in den ärmeren Stadtteilen, den so-

genannten Favelas, um. Während der ersten neun Monate 2016 erschossen sie 635 Personen, zeigt die aktuelle Statistik des Instituts für Öffentliche Sicherheit (Instituto de Segurança

gaben der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung geschehen pro 100.000 Einwohner in Brasilien 25,2 Morde, in Deutschland 0,8. Auch die Zahl der Straßenraubüberfälle stieg dort deutlich an. Während der ersten neun Monate 2016 verzeichnete die Kriminalstatistik bereits fast 100.000 Überfälle gegenüber 85.458 Fällen im gesamten Vorjahr.

Nichtsdestoweniger legte Rio de Janeiros Gouverneur Luiz Fernando Pezão dem Landesparlament ein Krisenpaket vor, das de facto Kürzungen bei den Gehältern des öffentlichen Diensts inklusive Polizei vorsieht. Mitte November demonstrierten deshalb erstmals auch die Gesetzeshüter



**Gesetzeshüter Seite an Seite mit Krankenschwestern, Lehrern und Lehrerinnen, Feuerwehrleuten und Gefängniswärtern demonstrieren vor dem Landesparlament in Rio gegen geplante Lohnkürzungen.**  
Foto: Norbert Suchanek

Pública – ISP). Das ist ein Zuwachs von fast 30 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum als die Polizei 517 Menschen im Einsatz getötet hatte.

Auch insgesamt nahmen Verbrechen und Gewaltanwendung in Rio im vergangenen Jahr deutlich zu. Zwischen Januar und September registrierten die Gesetzeshüter 3.649 Morde in dem rund 16 Millionen Einwohner zählenden Staat am Zuckerhut, was einem Zuwachs von fast 18 Prozent gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres entspricht. Zum Vergleich: Nach An-

Seite an Seite mit Krankenschwestern, Lehrer und Lehrerinnen, Feuerwehrleute und Gefängniswärtern vor dem Landesparlament in Rio. Die demonstrierenden Zivil- und Landespolizisten warnten auf ihren Transparenten: Falls das Krisenpaket genehmigt werde, werden wir streiken! Gleichzeitig zu ersten Entscheidungen des Parlaments im Dezember gab es schwere Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Die Entscheidung über Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst stand zu diesem Zeitpunkt aus.

Norbert Suchanek, Rio de Janeiro



## Erhöhung der Sicherheit von Gefahrgutfahrzeugen – IAA-Symposium in Hannover

**Kontinuität ist angesagt: Wie schon unter dem stellvertretenden Referatsleiter im damaligen Bundesverkehrsministerium (BMV), Hajo Busch, wird auch unter der jetzigen Referatsleitung von Helmut Rein alle zwei Jahre auf der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) für Nutzfahrzeuge in Hannover ein Gefahrgutsymposium zu aktuellen Rechtsänderungen veranstaltet. Schwerpunktthemen im Herbst im Kongresszentrum auf dem IAA-Gelände waren Änderungen im Gefahrgutrecht zum 1. Januar 2017, Beförderungen von Lithium- und Lithium-Ionen-Batterien auch in Geräten und Fahrzeugen und Entwicklungen der 20. UN-Empfehlungen mit Ausblick auf das Gefahrgutrecht 2019.**

Nach der Begrüßung durch den Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) Dr. Kay Lindemann, und der Ministerialdirigentin Birgit Breitfuß-Renner vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) übernahm Helmut Rein das Mikrofon und vermittelte die zu erwartenden Änderungen im Gefahrgutrecht, aufgeteilt nach den Verkehrsträgern Straße, Eisenbahn, Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt und Luftfahrt. Von größtem Interesse sind immer die Vorträge im Bezug zu den Rechtsänderungen im Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR-Verkehrsträger Straße).

Neben vielen kleineren und redaktionellen Änderungen gibt es einige Schwerpunktthemen – so die Freistellungen im Teil I des ADR, hier die Nutzung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten mit Antrieben durch Kraftstoffe, neuerdings Brennstoffe genannt, Gas (LPG, CNG und LNG), Brennstoffzellen oder Batterien, die komplett neu geregelt wurden. Die Verwendung dieser Fahrzeuge, also das Fahren, hat seine Freistellung unverändert im Teil I des ADR, während die Beförderung der Fahrzeuge, also aufgeladen auf ein Transportfahrzeug, einschließlich von Maschinen und Geräte neuerdings mit Sondervorschriften (SV) im Kapitel 3.3 ADR geregelt werden. Dies bedeutet, dass die fahrende Nutzung eines E-Bikes, UN 3171, seine rechtliche Freistellung im Teil I ADR und die Beförderung zum Beispiel auf einem Heckträger eines Pkw im Kapitel 3.3 ADR, SV 666, haben wird.

Ferner werden redaktionell die Begriffe Kennzeichen und Kennzeichnung klargestellt. Ein Kennzeichen ist eine sichtbare Information und eine Kennzeichnung ist eine Handlung für den Vorgang des Anbringens von beispielsweise einem Placard. Zudem wird für den Begriff „Kennzeichnung mit orangefarbene Tafel“ nun „orangefarbene Kennzeichnung“ verwandt.



Foto: Reinhard Leuker

Diese Umsetzungen führen natürlich zu erheblichen Änderungen im Gefahrgutrecht.

Eine weitere Neuerung ist in den Begriffsbestimmungen von Kapitel 1.2 ADR die Güterbeförderungseinheit (CTU). Diese ist ein Fahrzeug, ein Wagen, ein Container, ein Tankcontainer, ein ortsbeweglicher Tank oder ein Multiple-Element-Gas-Container (MEGC). Ferner wird der Vorgang „entladen“ im Kapitel 1.2 ADR definiert als „Alle Tätigkeiten, die vom

Entlader gemäß der Begriffsbestimmungen von Entlader vorgenommen werden.“

Die Einführung von flexiblen Schüttgutcontainern, abgekürzt BK 3, mit Fassungsvermögen bis 1,5 Kubikmeter, wurde ebenfalls beschlossen. Hierzu werden in Tabelle A von Kapitel 3.2 ADR entsprechende Änderungen vorgenommen. Weitere spezielle Neuerungen hierzu werden mit dem Absatz 7.5.7.6 geregelt. So wird aufgrund einer Bemerkung (Bem.) im Unterabsatz 7.5.7.6.1 ADR der CTU-Code für die Beförderung der BK-3-Schüttgutcontainer zu beachten sein.

Für die Beförderung von Lithium- und Lithium-Ionen-Batterien wird es ein neues Kennzeichen und einen neuen Gefahrzettel geben. Das Kennzeichen ergibt sich aus Unterabsatz 5.2.1.9.2 ADR und der Gefahrzettel

aus Unterabsatz 5.2.2.2.2 ADR. Werden diese Gefahrgüter, für die der Gefahrzettel 9A vorgeschrieben ist, befördert, so muss im Beförderungspapier die Gefahrzettelnummer 9 ohne Buchstaben A eingetragen werden. Aufgrund der Einführung dieses neuen Gefahrzettels Nr. 9A sind auch neue schriftliche Weisungen erforderlich, die ebenfalls als Änderung im Absatz 5.4.3.4 ADR aufgeführt sind.

Neu wird auch die Möglichkeit, Prüfungen als Gefahrgutbeauftragter und Gefahrgutfahrer in elektronischer



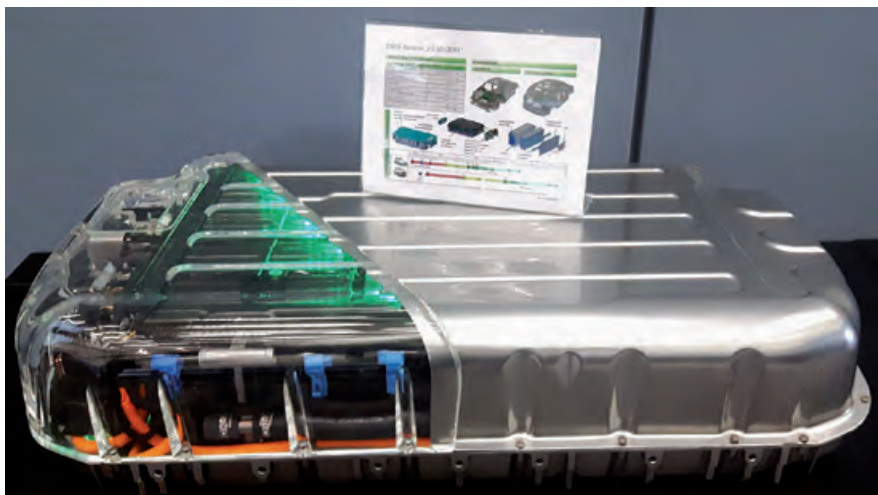


Foto: Reinhard Leuker

Form abzulegen. Die Industrie- und Handelskammern bereiten dies aktuell vor.

Was möglicherweise nicht mehr

rechtzeitig abgeschlossen werden kann, ist die Änderung der Fahrwegbestimmung in der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und

Binnenschifffahrt (GGVSEB). Diese Vorschriften sollen in vier (Paragraf 35 bis Paragraf 35 c) statt bisher einem Paragraph (Paragraf 35) geändert werden. Dafür wird es deutliche Änderungen in der ehemaligen Anlage, Tabellen der gefährlichen Güter, für die eine Fahrwegbestimmung erforderlich ist, der bisherigen GGVSEB geben. Die dortigen Tabellen werden vereinfacht und Bestandteil des Paragraph 35 b GGVSEB werden.

Die Richtlinie Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (RSEB) kann erst überarbeitet werden, wenn alle Rechtsänderungen für die Gefahrgutbeförderung verabschiedet sind. Hiermit ist frühestens im April oder Mai zu rechnen.

**Reinhard Leuker, PHK a.D.,  
Gefahrgutbeauftragter**

## BETREUUNG

### Ein Schusswaffenerlebnis geht an keinem spurlos vorüber

**Aus Fehlern wird man klug und deshalb erfahren viele Betroffene mittlerweile eine gründliche Betreuung durch Polizeiseelsorger. Durch ein dichter werdendes Netz von unterschiedlichen behördlichen Informations- und Beratungsangeboten wird diese Betreuung ergänzt. Wissenschaftliche Studien beweisen aber, dass der Austausch mit gleichermaßen Betroffenen unersetzlich ist und in die Verarbeitung derartig einschneidender Erlebnisse eingebunden sein muss.**

Das angebotene Seminar „Schusswaffenerlebnis“ ist ein Post-Shooting-Trauma-Seminar und wendet sich unmittelbar an Kollegen und Kolleginnen mit Schusswaffenerlebnissen oder mit ähnlich einschneidenden Ereignissen mit Todeserfahrung. Es bietet eine Gesprächsrunde zwischen Polizeikollegen an, die Extremerfahrungen im Polizeidienst machen mussten und gibt Einblicke in daraus erwachsende physische und psychische Folgen.

#### Als Gleicher unter Gleichen

Damit ist das Seminar keine Fortbildung im herkömmlichen Sinne, sondern verschafft den Betroffenen die Möglichkeit, im geschützten Rahmen über das Erlebte zu sprechen und dabei Kollegen zu treffen, die gleiches oder ähnliches erlebt haben; die selbst in Todesgefahr waren und wissen, was

es heißt, um sein Leben zu kämpfen, aber auch Kollegen, die dabei hilflos zusehen mussten. Man kann von anderen Betroffenen lernen, mit seinen belastenden Erinnerungen, Träumen, Schuldgefühlen und Ängsten umzugehen.

#### Die nächsten Termine

Bereits seit 2007 findet vierteljährlich ein Treffen abwechselnd in Aschaffenburg und Berlin statt. Hier die nächsten Termine für dieses Jahr zur Vorplanung: **15. bis 17. März Seminar in Berlin, 30. Juni bis 2. Juli Partnerseminar in Schmerlenbach/Bayern und 8. bis 10. November Seminar in Berlin.** Zusätzlich zu den Betreuungsangeboten der Polizeibehörden möchten wir dem Betroffenen einen Gedankenaustausch mit Kollegen anbieten, die vergleichbares erlebt haben.

Moderiert werden die dreitägigen Seminare, die Unterkunft und Vollverpflegung beinhalten, von Kirchenrätin Hilda Schneider (zusätzlich Ausbildung als Traumatherapeutin), und einem Polizeikollegen. Für die Teilnahme wird ein Selbstkostenbeitrag von 50 Euro erhoben, der Rest wird von Sponsoren getragen, die sich für uns und unsere Anliegen einsetzen.

#### Um mit uns in Kontakt zu treten

Zur Anmeldung einer/s Betroffenen ist eine E-Mail oder ein Anruf notwendig. Wir setzen uns dann umgehend in Verbindung. Ansprechpartner sind Kollege Jürgen Röhr (Telefon 0172-3858819, E-Mail: [schusswaffenerlebnis@gmx.de](mailto:schusswaffenerlebnis@gmx.de)) und Kollege Reinhold Bock (Telefon 06021-8665093 und 01577-5721258, E-Mail: [reinholdbock@t-online.de](mailto:reinholdbock@t-online.de))

**Reinhold Bock**



Zur Homepage  
Schusswaffenerlebnis



# Vorbeugen ist besser!

**Urlaubstage sind vermutlich für die meisten Beschäftigten die schönste Zeit des Jahres. Aktiv sportlich oder entspanntes Wenig tun, jede und jeder weiß sicher am besten, was für sie oder ihn am besten ist. Und normalerweise zeigt man, nachdem man wieder in die Heimat zurückgekehrt ist, Freunden und Arbeitskollegen die schönsten Schnappschüsse der Reise. Was aber, wenn das Aufregendste des Trips eine horrende Krankenhausrechnung ist? Vorbeugen ist immer besser, wie der schleswig-holsteinische Kollege Michael Meyer anschaulich beschreibt, dessen USA-Reise leider gründlich daneben ging, aber er noch Glück im Unglück hatte:**

## USA-Urlaub mit Intensivstationserfahrung erster Klasse

„Da momentan bereits wieder viele Kollegen und Kolleginnen ihren verdienten Urlaub planen, erinnere ich mich schmerzlich an mein Urlaubserlebnis aus dem Jahr 2015. Da passierte nämlich, woran fast keiner denkt, der eine Reise antritt: Ich wurde ernsthaft krank. Ich möchte daher meine Geschichte schildern, um der Leserschaft die Widrigkeiten der Heilfürsorgebestimmungen vertraut zu machen. Es ist leider so, dass nicht alle Mitarbeiter über die Leistungen der Heilfürsorge bei einem Krankheitsfall im Ausland aufgeklärt sind. Einige meinen, dass die Heilfürsorge sämtliche im Ausland entstandenen Kosten eines Krankheitsfalles übernimmt, andere gehen von 30 bis 50 Prozent der Kostenübernahme aus. Weit gefehlt.

Die entstandenen Behandlungen werden nach den deutschen Richtlinien berechnet, und dann fängt es an, finanziell Schmerzen zu bereiten – wenn man keine Auslandskrankenversicherung abgeschlossen hat. Da können auf einen schon Kosten in Höhe eines neuen Pkw oder eines Reihenhauses zukommen. Und: Wer hat diese Summen mal so eben über?

## Hitze in Downtown Atlanta

Aufgrund familiärer Bindungen in den Vereinigten Staaten waren wir in jenem Jahr nach Georgia gereist, um von dort aus durch die Südstaaten zu fahren. Die ersten Stationen verliefen problemlos, doch nach ein paar Tagen auf der Fahrt entlang der Golfküste fühlte ich mich immer matter. Kurz vor Biloxi, Mississippi, auf dem Weg Richtung Osten, war mir schließlich

speiübel. Womöglich hatte ich etwas gegessen, was ich nicht vertragen hatte, aber die Weiterfahrt nach Atlanta ging so einigermaßen.

Mein Zustand verschlimmerte sich dann aber minütlich, Hinsetzen alle 100 Meter, Kurzatmigkeit. Meine Frau drängte mich zu einem Arztbesuch. Den redete ich ihr allerdings mehrfach aus. Ich meinte, alles im

onal Medical Center. So wirklich erinnere ich mich an die Fahrt nicht mehr. Im Krankenhaus versuchten die Ärzte noch ein Gespräch mit mir zu führen, aber ich hatte sogar Schwierigkeiten, mich an meinen Namen zu erinnern.

Es begann das Komplettdiagnoseprogramm mit den modernsten Gerätschaften, die das Hospital zu bieten hatte. Ich wachte in einem großzügigen Einzelzimmer, ähnlich einem Wohnzimmer, verkabelt mit diversen Monitoren, in einem Krankenbett auf.

Die Untersuchungen ergaben, dass sich innerhalb von wenigen Tagen – quasi aus dem Nichts – ein Magengeschwür gebildet hatte, das erst platzte und dann zu einem heftigen Blutverlust führte. Ohne medizinische Hilfe wäre es wohl zu einem fatalen multiplen Organversagen gekommen.

Sowohl der freundliche Arzt als auch die netten Krankenschwestern boten mir sämtliche Unterstützung an und



**Streifenwagen der Kollegen aus Atlanta vor einem Polizeirevier in der Innenstadt der Südstaatenmetropole. Foto: Zielasko**

Griff zu haben, obwohl ich schon ahnte, dass irgendetwas schief läuft.

Nachdem ich mich mehr schlecht als recht durch die Stadt gequält und den Zorn meiner Frau aufgrund meiner Uneinsichtigkeit auf mich geladen hatte, kamen wir am späten Nachmittag in unserem Hotel an. Erst einmal auf das Bett legen und Energie tanken. Beim Aufstehen kamen die ersten Kreislaufprobleme, ich schaffte zwar noch den Weg in das Bad, klappte dort aber zusammen.

Meine Frau rief den Notarzt. Die Rettungskräfte waren recht schnell zur Stelle und führten die ersten Untersuchungen durch. Dann ging es mit dem Rettungswagen in das Southern Regi-

wollten mich eigentlich noch einige Tage im Krankenhaus behalten, unsere Fluggesellschaft informieren und sogar einen „Medical Flight“ nach Deutschland organisieren, der nach Angaben des Arztes mit etwa 25.000 US-Dollar zu Buche geschlagen hätte.

Weil wir sowieso einen Tag später zurückfliegen wollten, lehnte ich dankend das Angebot des Arztes ab und erhielt im Anschluss eine vorläufige fünfstellige Rechnung. Die Abschlussrechnung würde ich dann per E-Mail zugeschickt bekommen, bedeutete man mir. Vorkasse über meine Kreditkarte musste ich lediglich für die Fahrt mit dem Rettungswagen leisten.



Wieder zuhause

Am nächsten Morgen flogen wir zurück gen Heimat. Nach einer einwöchigen Tablettenkur war die Ursache der Krankheit, ein Erreger namens Helicobacter, verschwunden. Gefunden habe ich zudem eine E-Mail, in der sich eine vierseitige Rechnung des Southern Regional Medical Centers über erstaunliche 22.030,70 US-Dollar befand! Eine echte Hausnummer, oder? Übrigens bot man mir einen 50-Prozent-Rabatt bei Zahlung innerhalb von vier Wochen. Leider waren aber keinerlei Bankverbindungen angegeben. Und das alles nur für einen Tag Intensivstation.

Nach diversen Telefonaten mit dem zugewiesenen Berater (Counsellor) wusste ich zumindest, dass ich die Rechnung per Kreditkarte würde begleichen werden können. Meine Bank nickte trotz dieser nicht alltäglichen Summe ab, und die Buchung wurde nach einigen Stunden per E-Mail seitens des Krankenhauses bestätigt. Unser Bankkonto hatte sich rapide erleichtert.

Überraschung

Die Heilfürsorge überraschte uns dann mit der Kostenübernahme von etwas über 1.600 Euro. Ohne die zuvor abgeschlossene Auslandskrankenversicherung wäre der Urlaub mit dem über 9.000 Euro teuren Spezialereignis der teuerste und vermutlich in der Erinnerung nachhaltigste gewesen. Der Versicherer hätte sogar die Kosten im vollen Umfang erstattet und darüber hinaus die Kosten des „Medical Flight“ übernommen.

Ganz schön teuer!

Wir haben uns angesichts dieser Erfahrung noch einmal mit den Krankenkosten in den USA auseinandergesetzt und feststellen müssen, dass dort ein Tag auf der Intensivstation durchschnittlich mit 20.000 bis 40.000 Dollar berechnet wird; einer der häufigsten Gründe, warum viele akut kranke US-amerikanische Bürger einen Ruin erleiden können.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte auch für die schönste Zeit des Jahres das Planbare nicht vernachlässigen!

**mm/red**

# Seminar: Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung

## ... die Rolle der Polizei im NS-Staat

**„Die Polizei war ein zentrales Herrschaftsinstrument des NS-Regimes. Von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang konnte es sich auf die Polizei stützen. Nicht nur die Gestapo, sondern alle Sparten der deutschen Polizei waren am Terror gegen die politischen und weltanschaulichen Gegner des NS-Staats beteiligt, zunächst im Innern des Deutschen Reiches und seit Kriegsbeginn 1939 schließlich in allen von der Wehrmacht eroberten Gebieten.“ Das stellte das Deutsche Historische Museum in Zusammenarbeit mit der Deutschen Hochschule der Polizei anlässlich einer Ausstellung zur „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“ 2011 in Berlin fest.**

Die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Berufstandes ist nunmehr Schwerpunkt des Seminars der JUNGEN GRUPPE (GdP) vom 15. bis 19. Mai in Berlin und Krakau. Im Mittelpunkt des zweiten und dritten Seminartages stehen der Besuch der Ausstellung „Topographie des Terrors“ in Berlin und der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im polnischen Oswiecim. Bei einer mehrstündigen Führung durch das ehemalige Konzentrationslager wird an die Dimension und Perversion der systematischen Menschenvernichtung im Zweiten Weltkrieg erinnert und die Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus auch emotional erfahrbar. Der Ort gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus und zugleich wird dort auch Polizeigeschichte widerspiegelt. Das Seminar liefert Einblicke in die Geschichte Krakaus und die Schicksale ihrer polnischen und jüdischen Einwohner während der nationalsozialistischen Okkupationszeit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfahren mehr über die jüdische Kultur, die auf den Gebieten des polnischen Galiziens existierte und immer noch existiert.



Die Seminarteilnahme steht allen Mitgliedern der Gewerkschaft der Polizei bis zum vollendeten 30. Lebensjahr sowie in der JUNGEN GRUPPE (GdP) aktiven Mitgliedern offen. Die Plätze sind begrenzt. Das Anmeldeformular steht unter [www.gdpjg.de](http://www.gdpjg.de) zum Download zur Verfügung. Dort gibt es auch weitere Informationen zum Inhalt und Ablauf sowie die vollständigen Teilnahmebedingungen. Gerne stehen wir Euch auch telefonisch unter 030-399921-105 oder per E-Mail an [torsten.rohde@gdp.de](mailto:torsten.rohde@gdp.de) für Fragen zur Verfügung.

Torsten Rohde



Zur Homepage  
JUNGE GRUPPE (GdP)

## Siebzehn Frauen und ein Hund

**„Frau beißt Hund – den Leser auch mal überraschen“. Mit dem Formulieren von Texten beschäftigte sich Ende Oktober in Potsdam das Seminar „Schreibwerkstatt“ der GdP-Frauengruppe unter Leitung von Annette Terweide.**



Gruppenbild der Seminarteilnehmerinnen, unterstützt von Labrador Leon. Foto: Terweide

„Ich recherchiere aufwändig für ein Thema, schreibe darüber einen Artikel und mein Redakteur gibt diesen nicht frei“, ärgert sich eine der Teilnehmerinnen. In dem dreitägigen Seminar wurde deutlich, dass dies kein Einzelfall ist. Berichte und Protokolle schreiben, das gehört zu unserem Arbeitsalltag. Wie aber schreibe ich einen Artikel, der

beim Leser Interesse weckt? Redaktionelle Beiträge von Frauen sind in der GdP-Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI seit Jahren unterrepräsentiert. Das war auf dem Bundeskongress 2014 der Anlass für die Bundesfrauengruppe einen Antrag „Medienpräsenz der Frauengruppe verbessern!“ zu stellen. Im Oktober vergangenen Jahres war

es endlich so weit. Das Interesse der GdP-Frauen aus den Landesbezirken und Bezirken an diesem Seminar teilzunehmen war groß und zeigt, dass hier Nachholbedarf besteht.

### Schreibblockaden überwinden

Von zwei Profis angeleitet erlernten wir, wie Pressearbeit funktioniert. Wolfgang Schönwald von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Bundesgeschäftsstelle erläuterte am ersten Tag wie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am Beispiel der GdP funktioniert. Berichte klar und verständlich zu schreiben, das Interesse der Leserin und des Lesers an dem Artikel zu wecken, Pressemitteilungen zu verfassen sind nur einige von vielen Beispielen, die Timo Günther, Journalist der IG Metall Bayern, den Teilnehmerinnen vermitteln konnte. Von der Idee bis zum fertigen Artikel ist der Weg oft nicht weit, wenn ich weiß, wie ich Schreibblockaden überwinde. Die Gedanken einfach fließen lassen und zu Papier bringen. Schreibübungen während des Seminars zeigten schon, dass viele der Teilnehmerinnen kreativ schreiben können. Jetzt heißt es, das Erlernte anzuwenden und Ideen schriftlich umzusetzen.



**Fazit der Teilnehmerinnen:** Die Schreibwerkstatt sollte unbedingt weiterhin angeboten werden, damit auch andere Kolleginnen die Möglichkeit erhalten, für die Pressearbeit fit zu werden. Sie regten an, auch über ein Aufbau-Seminar nachzudenken. Das bietet den Kolleginnen die Möglichkeit, bereits Erlerntes zu professionalisieren.

Martina Tietgens, Bremen





wäre: „Ist es fortan normal und für Deutschland würdig, wenn solche und andere öffentliche Ereignisse fortan als Party der Polizei und der Ordnungskräfte stattfinden und einige Nicht-uniformierte nach vorheriger Kontrolle und Leibesvisitation daran teilnehmen können.“ Wer übernimmt dann eigentlich die Garantie, dass es sich bei allen Uniformierten auch tatsächlich um Polizisten handelt und nicht um verkleidete Terroristen. Erfolgt vorher die Kontrolle der Dienstaussweise?

Wie soll das mit der Polizei weitergehen? In ein paar Wochen ist Karneval. Wieder müssen tausende Polizisten in Uniform teilnehmen, anstatt mit Pappnase. Wann ist der Punkt erreicht, an dem die Polizei verschlissen ist? Mir tun die Kollegen leid, die sich vielleicht vorab auf ein Silvester im Kreise der Familie gefreut hatten, und dann kam alles ganz anders.

**W**o leben wir denn seit knapp zwei Jahren? Die Situation, in der sich Deutschland jetzt befindet, hat doch nicht die Polizei verursacht! Sie ist Folge der unverantwortlichen Politik einer sturen und überheblichen Kanzlerin, die sogar die Beschlüsse ihres eigenen Parteitagess ignoriert (Doppelpass abschaffen). Aber sich als Demokratinnen bezeichnen. Sie hat es zu verantworten, dass es durch ihr eigenmächtiges und weder demokratisch noch rechtlich legitimes Öffnen der Grenzen zu einer Überforderung der Behörden und der Polizei gekommen ist, in dessen Folge Deutschland einen totalen Kontrollverlust erlitt, der bis heute nicht beseitigt ist. Dass finanzieller Schaden für Deutschland in zweistelliger Milliardenhöhe entstand. Das in Deutschland eine Sicherheitslage entstand, die sehr bedrohlich ist und an einen Kriegszustand erinnert. Das in Deutschland Chaos und Anarchie auf dem Vormarsch sind.

Das rechtzeitige und vom Gesetz her geforderte Ergreifen geeigneter Maßnahmen zur Unterbindung der massenhaften unerlaubten und vor allem unkontrollierten Einreise hunderttausender Menschen hätte diese Situation nicht oder zumindest nicht in solch Ausmaß entstehen lassen. Deshalb kann ich nur wieder – wie schon so oft – an den Ausspruch des früheren GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg erinnern: „Die Polizei ist der Prellbock – nunmehr auch der Leidtragende – einer verfehlten und in diesem Falle auch verantwortungslosen Politik.“ **Peter Spindler, Zittau**

### Zu: Kommentar, DP 1/17

Warum die Reform des Sexualstrafrechts erfolgte? Bereits am 4. Dezember 2003 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), Rechtsache 9125111, wegen Verletzung von Menschenrechten nach den Artikeln 3 und 8 der EMRK Bulgarien zu einer Zahlung von 8.000 Euro an ein Opfer wegen immaterieller Schäden und 4.110 Euro für Kosten und Auslagen nach einer Vergewaltigung ohne Gegenwehr verurteilt.

2011 unterzeichnete Deutschland die Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt), die in Art. 36 die Vertragsstaaten verpflichtet, nicht einverständliche sexuell bestimmte Handlungen mit einer dritten Person unter Strafe zu stellen. Das Einverständnis muss freiwillig als Ergebnis des freien Willens der Person, der im Zusammenhang der jeweiligen Begleitumstände beurteilt wird, erteilt werden. Auch wird in Art. 40 ein Verbot der sexuellen Belästigung gefordert.

**D**eutschland hatte aber die Konvention nicht ratifiziert, da eine Bereitschaft zur vollständigen Umsetzung von Artikel 36 noch nicht bestand. Am 7. November 2016 beschloss letztendlich der Deutsche Bundestag mit der Zustimmung des Bundesrates überparteilich die grundlegende Reform des Sexualstrafrechts.

Beim Begrapschen können zwar die Tatbestände der Beleidigung oder der Körperverletzung vorliegen, aber in vielen Fällen nicht. Siehe Bundesgerichts-Urteil 22.11.2006, AZ. 2 StR 382/06. Deshalb ist die Lücke jetzt durch Paragraph 184 i Strafgesetzbuch (StGB) und strafverschärfend von Gruppen heraus durch Paragraph 184 j StGB geschlossen worden.

**F**ür die polizeiliche Einschreitschwelle ist es nun mal von großer Bedeutung, ob eine Straftat vorliegt oder nicht. Der große Ermittlungsaufwand in Köln wäre umsonst, wenn viele Täter für die sexuellen Belästigungen mangels gesetzlicher Regelung nicht bestraft werden können. Die Beleidigung ist ein reines Antragsdelikt und kann nur nach Stellung eines Strafantrages verfolgt werden. Zugleich ist die Beleidigung ein Pri-

vatklagedelikt nach den Paragraph 374 ff. der Strafprozessordnung (StPO). Die Körperverletzung ist auch ein Privatklage- und aber ein eingeschränktes Antragsdelikt. Hier kann die StA beim Vorliegen eines besonderen öffentlichen Interesses auch ohne Strafantrag die Körperverletzung verfolgen. Der neue Tatbestand der sexuellen Belästigung nach Paragraph 184 i StGB ist ebenfalls ein eingeschränktes Strafantragsdelikt wie die Körperverletzung aber kein Privatklagedelikt. Das ist eine wesentliche Besserstellung der Opfer zum alten Recht, da diese nicht mehr von der StA auf den kostenpflichtigen Privatklageweg verwiesen werden können.

**P**aragraph 177 StGB hatte unbestritten eine Schutzlücke – siehe BGH 22. November 2006, AZ. 2 StR 382/06. Diese ist durch den neuen Paragraph 179 StGB und strafverschärfend durch Gruppen heraus gilt Paragraph 184 j StGB geschlossen worden.

**D**ie neue Regelung führt auch nicht zu einer Beweislastumkehr wie einige meinen. Diese gibt es im Strafprozessrecht nicht, da bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung die Unschuldsvermutung als justizielles Menschenrecht gilt.

**Winfried Schwinn, Wiesbaden**

### Zu: Autorität reloaded, DP 9/16

**Z**u den Ursachen über die Zunahme der Gewalt in der Gesellschaft und fehlendem Respekt gegenüber der Polizei möchte ich zu bereits erörterten Themen (Vertrauensverlust in die Politik, Schere zwischen arm und reich, schlechte Erziehung, importierte Gewalt, verharmloste linksautonome Gewalt, zweifelhafte Rechtsprechung) noch einige Ergänzungen anführen.

1) Schlechtes Benehmen von Politikern und Journalisten in Talkshows: Einige bekannte Dauergäste haben permanent die schlechte Angewohnheit, anderen ständig ins Wort zu fallen. Welch schlechtes Beispiel für Kinder und Jugendliche. Man sollte in Fernsehzeitschriften diese Sendungen mit FSK (Freiwillige Selbstkontrolle) 18 kennzeichnen.

2) Krimis in öffentlich-rechtlichen



Sendern: In circa jedem drittem deutschen Krimi neueren Datums, in dem man hineinzapft, ist ein Polizeibeamter der gesuchte Verbrecher oder gar Mörder mit der Botschaft an die Zuschauer, dass sich statistisch in jeder Polizeidienststelle ein Verbrecher befindet. Vor so einer Polizei kann der Bürger keinen Respekt haben. Großzügiger Weise wird von den Fernsehkommissaren noch objektiv ermittelt. Vielleicht ist das nur eine Zwischenevolutionsstufe des deutschen Gaga-Krimis und künftig wird der Mörder gedeckt? Ich finde es unmöglich, dass die Dienststellen solche Dreharbeiten noch logistisch unterstützen. Es ist ein Witz, dass gerade in den gebührenfinanzierten, quasi staatlichen Sendern die Polizei demontiert werden soll. Die Gewerkschaft sollte hier die Öffentlichkeit verstärkt aufklären.

3) Mangelnde Unterstützung von der Justiz: Insbesondere in einigen Bundesländern nördlich der Main-Linie scheint noch bei Teilen der Justiz Alt-Achtundsechziger-Gedankengut vorhanden zu sein, als mögliche Ursache für teils unverständliche Gerichtsentscheidungen. Zur Erläuterung für die jüngeren Kolleginnen und Kollegen, die diese Ära nicht erlebten: viele Alt-Achtundsechziger haben damals durch Schwenken mit Mao-Bibeln einen Massenmörder bejubelt, der mehr Men-

schen auf dem Gewissen hat als Hitler und Stalin zusammen. Gegen solche Ideologien erlaube ich mir ein gewisses Misstrauen.

**Dieter Frank, Böblingen**

### Zu: Lesermeinung „Aus Ländern und Bezirken“ des Kollegen Brenk, DP 12/16

Mit Erstaunen habe ich diesen Leserbrief wahrnehmen müssen. Sie fragen darin, wo die Kollegen waren als der Galgen für Politiker gebaut wurde.

Welchen Galgen meinen Sie? Den mit Herrn Gabriel bei der CETA-Demo oder den bei der Demo der genannten Rechtsextremen? Es ist also Ihrer Meinung nach legal, wenn gegen Bürger vorgegangen wird, die sich auf derselben Schiene artikulieren, wie sie von Politikern und der Presse beschimpft werden (nur mal ein paar Begriffe hierzu: Nazis, ewig Gestrige, Schande für unser Land, Mischpoke, Abschaum). Der Begriff Lügenpresse ist meiner Meinung nach angebracht, wenn man die Berichterstattungen sieht und wie unterschiedlich berichtet wird. Bilder, Plakate, Äußerungen von einzelnen gestörten rechtsextremen Personen werden hoch stilisiert und ganze Talkrunden mit irgendwelchen Demokratie- und Politikverstehern ins Fernse-

hen gebracht. Auf der anderen Seite, wo bleibt die Berichterstattung und das regelmäßige Wiederholen über die alltäglichen terroristischen Gewaltexzesse der linken Szene? Wochenlange Gewalt mit brennenden Autos in Leipzig mit Dutzenden verletzten Kolleginnen und Kollegen, Randalen wegen Räumung eines besetzten Hauses in Berlin, mit ebenfalls Dutzenden verletzten Kolleginnen und Kollegen. Wo bleibt die Presse, wenn unsere Bundestagsvizepräsidentin Frau Roth hinter einem Plakat her läuft mit dem Titel „Deutschland du mieses Stück Scheiße“. Wo bleibt die Presse, wenn Herr Gabriel anders denkenden Bürgern den Mittelfinger zeigt. Das sind nur ein paar Beispiele, die den Begriff Lügenpresse rechtfertigen. Weiter sollte man sich fragen, warum eingesetzte Kolleginnen und Kollegen nur vereinzelt bei Demos der bösen rechten Szene wie PEDIGA Schutzhelme tragen, aber bei Veranstaltungen der linken Szene durchweg voll gepanzert ihren Dienst versehen müssen?

Dies sind nur ein paar Anmerkungen, die zum Nachdenken über die Überparteilichkeit über die Wahrheit der Berichterstattung in unserer Presse und Medienlandschaft anregen sollen.

**Gerd Splithoff, Alzenau**



Nr. 2 • 66. Jahrgang 2017 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und  
Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/  
Pressestelle**

**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39  
vom 1. Januar 2017.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirkssteils in der Mitte des Heftes.



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
182.748 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

Foto:  
Bildagentur adpic

Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Hrsg. von **TeLios Steuerschulungen**.



37. Auflage 2017

**Umfang:** 216 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“. Als Polizeianghöriger gibt es dabei Einiges zu beachten. Dieses Buch, inzwischen in der 37. Auflage erschienen und immer auf den neuesten Stand der Steuergesetzgebung gebracht, geht dabei speziell auf Besonderheiten des Polizeiberufes ein.

Damit ist die Steuerfibel eine unverzichtbare Hilfestellung für Polizeibeamte. Denn sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeianghörige immer wieder konfrontiert sind. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommenssteuer-Erklärung zahlreiche Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# POLIZEI



Für ihre „Polizei-Arbeit“ bietet die Firma KIDSSHIRT das passende Outfit.

Bequeme T-Shirts aus 100 % Baumwolle mit aufwendig bedruckten Details und eine fast originalgetreue Polizei Einsatzmütze und Polizei Basecap – genau das Richtige für alle kleinen Nachwuchskräfte der Polizei!

## Kinder T-Shirt „POLIZEI“, blau

92	25-9002
104	25-9102
116	25-9202
134	25-9302
152	25-9402
164	25-9502

 11,95 € 14,95 €

## Kinder-Polizei Basecap

Material: 100 % Baumwolle.  
Verstellbarer Klettverschluss. Ø 20 cm.  
Geeignet für Kinder ab 3 Jahre.  
259602 (blau)

 6,95 € 8,95 €

## Kinder-Polizei Einsatzmütze

Oberteil aus Kunststoff – Abwaschbar.  
Ø 18 cm. Geeignet für Kinder ab 3 Jahre.  
259702 (blau / weiß)  
259802 (blau)

 7,95 € 9,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden  
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165  
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

**Letzter Bestelltermin: 28.02.2017**

Weitere Polizeiartikel und nützliche  
Produkte finden Sie unter:

[www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)